

2006

Ausgegeben zu Bonn am 26. April 2006

Nr. 11

Tag	Inhalt	Seite
19. 4.2006	<b>Gesetz zu dem Übereinkommen vom 14. April 2005 über den Beitritt der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik zu dem Übereinkommen von 1980 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht sowie zu dem Ersten und dem Zweiten Protokoll über die Auslegung des Übereinkommens durch den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften (Viertes Beitrittsübereinkommen zum Schuldvertragsübereinkommen) . . . .</b> <small>GESTA: XC001</small>	346
21. 4.2006	Verordnung zur Durchführung der Vereinbarung vom 9. März 2006 zwischen dem Bundesministerium des Innern der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerium des Innern der Tschechischen Republik über die Errichtung vorgeschobener deutscher und tschechischer Grenzabfertigungsstellen an bestimmten Grenzübergängen und über die Strecken für die gemeinsame Grenzabfertigung während der Fahrt in Zügen . . . . .	353
9. 3.2006	Bekanntmachung zu dem Übereinkommen über den Straßenverkehr . . . . .	356
17. 3.2006	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls vom 6. Oktober 1989 zur Änderung des Artikels 56 des Abkommens über die Internationale Zivilluffahrt . . . . .	357
17. 3.2006	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-russischen Abkommens über die Erleichterung des Reiseverkehrs von Staatsangehörigen der Bundesrepublik Deutschland und Staatsangehörigen der Russischen Föderation . . . . .	357
17. 3.2006	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens über das Deutsch-Französische Jugendwerk . . . . .	358
27. 3.2006	Bekanntmachung zu Beschlüssen der OSPAR-Kommission nach Artikel 13 des Übereinkommens zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks . . . . .	358
27. 3.2006	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Obersten Rat der Europäischen Schulen über die Europäische Schule in Frankfurt am Main . . . . .	359
27. 3.2006	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls zum Abkommen über die Einfuhr von Gegenständen erzieherischen, wissenschaftlichen oder kulturellen Charakters . . . . .	359
27. 3.2006	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über die Einfuhr von Gegenständen erzieherischen, wissenschaftlichen oder kulturellen Charakters . . . . .	360
27. 3.2006	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes . . . . .	360
27. 3.2006	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Sicherheit von Personal der Vereinten Nationen und beigeordnetem Personal . . . . .	361
29. 3.2006	Bekanntmachung des deutsch-indonesischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit . . . .	364
30. 3.2006	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls von Kyoto zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen . . . . .	366
30. 3.2006	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Fakultativprotokolls zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau . . . . .	367
30. 3.2006	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zweiten Fakultativprotokolls zu dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte zur Abschaffung der Todesstrafe . . . . .	369
30. 3.2006	Bekanntmachung der deutsch-amerikanischen Vereinbarung über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „Cubic Applications, Inc.“ (Nr. DOCPER-AS-03-06) . . .	369

Tag	Inhalt	Seite
30. 3.2006	Bekanntmachung der deutsch-amerikanischen Vereinbarung über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an die Unternehmen „Booz Allen Hamilton, Inc.“ und „CACI Premier Technology, Inc.“ (Nr. DOCPER-AS-39-03 und DOCPER-AS-24-12) . . . . .	372
10. 4.2006	Bekanntmachung des deutsch-südafrikanischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit . . .	375
20. 4.2006	Bekanntmachung von Ergänzungen der Anlage zu Artikel 5 des deutsch-österreichischen Abkommens vom 27. November 1989 über die Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung und über die gegenseitige Anerkennung der Gleichwertigkeit von beruflichen Prüfungszeugnissen . . . . .	377

**Gesetz**  
**zu dem Übereinkommen vom 14. April 2005**  
**über den Beitritt der Tschechischen Republik, der Republik Estland,**  
**der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen,**  
**der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen,**  
**der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik**  
**zu dem Übereinkommen von 1980**  
**über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht**  
**sowie zu dem Ersten und dem Zweiten Protokoll über die Auslegung**  
**des Übereinkommens durch den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften**  
**(Viertes Beitrittsübereinkommen zum Schuldvertragsübereinkommen)**

**Vom 19. April 2006**

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**Artikel 1**

**Zustimmung**

Dem in Luxemburg am 14. April 2005 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkommen über den Beitritt der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik zu dem am 19. Juni 1980 in Rom zur Unterzeichnung aufgelegten Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (BGBl. 1986 II S. 809) sowie zu dem Ersten und dem Zweiten Protokoll über die Auslegung des Übereinkommens durch den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften (BGBl. 1995 II S. 914) wird zugestimmt. Das Übereinkommen wird nachstehend veröffentlicht.

**Artikel 2**

**Inkrafttreten**

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 5 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.  
Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 19. April 2006

Der Bundespräsident  
Horst Köhler

Die Bundeskanzlerin  
Dr. Angela Merkel

Die Bundesministerin der Justiz  
Brigitte Zypries

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Steinmeier

### Übereinkommen

über den Beitritt der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik zu dem am 19. Juni 1980 in Rom zur Unterzeichnung aufgelegten Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht sowie zu dem Ersten und dem Zweiten Protokoll über die Auslegung des Übereinkommens durch den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften

### Convention

on the accession of the Czech Republic, the Republic of Estonia, the Republic of Cyprus, the Republic of Latvia, the Republic of Lithuania, the Republic of Hungary, the Republic of Malta, the Republic of Poland, the Republic of Slovenia and the Slovak Republic to the Convention on the Law applicable to Contractual Obligations, opened for signature in Rome on 19 June 1980, and to the First and Second Protocols on its interpretation by the Court of Justice of the European Communities

### Convention

relative à l'adhésion de la République tchèque, de la République d'Estonie, de la République de Chypre, de la République de Lettonie, de la République de Lituanie, de la République de Hongrie, de la République de Malte, de la République de Pologne, de la République de Slovénie et de la République slovaque à la Convention sur la loi applicable aux obligations contractuelles, ouverte à la signature à Rome le 19 Juin 1980, ainsi qu'aux premier et deuxième protocoles concernant son interprétation par la Cour de justice des Communautés européennes

Die Hohen Vertragsparteien des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft –

unter Berücksichtigung der Akte über die Bedingungen des Beitritts der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik und die Anpassungen der die Europäische Union begründenden Verträge, insbesondere des Artikels 5 Absatz 2;

unter Hinweis darauf, dass die neuen Mitgliedstaaten mit ihrem Beitritt zur Europäischen Union die Verpflichtung eingegangen sind, dem am 19. Juni 1980 in Rom zur Unterzeichnung aufgelegten Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht sowie dem Ersten und dem Zweiten Proto-

The High Contracting Parties to the Treaty establishing the European Community,

Bearing in mind the Act concerning the conditions of accession of the Czech Republic, the Republic of Estonia, the Republic of Cyprus, the Republic of Latvia, the Republic of Lithuania, the Republic of Hungary, the Republic of Malta, the Republic of Poland, the Republic of Slovenia and the Slovak Republic and the adjustments to the Treaties on which the European Union is founded, and in particular Article 5(2) thereof,

Recalling that by becoming Members of the European Union, the new Member States undertook to accede to the Convention on the Law applicable to Contractual Obligations, opened for signature in Rome on 19 June 1980, and to the First and Second Protocols on its interpretation by the Court of Justice as modified by the

Les hautes Parties contractantes au traité instituant la Communauté européenne,

Compte tenu de l'Acte relatif aux conditions d'adhésion à l'Union européenne de la République tchèque, de la République d'Estonie, de la République de Chypre, de la République de Lettonie, de la République de Lituanie, de la République de Hongrie, de la République de Malte, de la République de Pologne, de la République de Slovénie et de la République slovaque, et aux adaptations des traités sur lesquels est fondée l'Union européenne, et notamment de son article 5, paragraphe 2,

Rappelant que, en adhérant à l'Union européenne, les nouveaux États membres se sont engagés à adhérer à la Convention sur la loi applicable aux obligations contractuelles, ouverte à la signature à Rome le 19 juin 1980, ainsi qu'au premier et au deuxième protocoles concernant son interprétation par la Cour de justice, tels

koll über die Auslegung des Übereinkommens durch den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften, geändert durch das am 10. April 1984 in Luxemburg unterzeichnete Übereinkommen über den Beitritt der Griechischen Republik, das am 18. Mai 1992 in Funchal unterzeichnete Übereinkommen über den Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik und das am 29. November 1996 in Brüssel unterzeichnete Übereinkommen über den Beitritt der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden beizutreten –

sind wie folgt übereingekommen:

Convention signed in Luxembourg on 10 April 1984, on the accession of the Hellenic Republic, the Convention signed in Funchal on 18 Mai 1992 on the accession of the Kingdom of Spain and the Portuguese Republic, and the Convention signed in Brussels on 29 November 1996 on the accession of the Republic of Austria, the Republic of Finland and the Kingdom of Sweden,

Have agreed as follows:

que modifiés par la Convention relative à l'adhésion de la République hellénique, signée à Luxembourg le 10 avril 1984, par la Convention relative à l'adhésion du Royaume d'Espagne et de la République portugaise, signée à Funchal le 18 mai 1992, et par la Convention relative à l'adhésion de la République d'Autriche, de la République de Finlande et du Royaume de Suède, signée à Bruxelles le 29 novembre 1996,

Sont convenues des dispositions qui suivent:

#### Titel I

### Allgemeine Bestimmungen

#### Artikel 1

Die Tschechische Republik, die Republik Estland, die Republik Zypern, die Republik Lettland, die Republik Litauen, die Republik Ungarn, die Republik Malta, die Republik Polen, die Republik Slowenien und die Slowakische Republik treten bei:

a) dem am 19. Juni 1980 in Rom zur Unterzeichnung aufgelegten Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (im Folgenden als „Übereinkommen von 1980“ bezeichnet) in der durch folgende Übereinkommen geänderten Fassung:

- das am 10. April 1984 in Luxemburg unterzeichnete Übereinkommen über den Beitritt der Griechischen Republik zu dem Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (im Folgenden als „Übereinkommen von 1984“ bezeichnet);
- das am 18. Mai 1992 in Funchal unterzeichnete Übereinkommen über den Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu dem Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (im Folgenden als „Übereinkommen von 1992“ bezeichnet);
- das am 29. November 1996 in Brüssel unterzeichnete Übereinkommen über den Beitritt der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden zu dem Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (im Folgenden als „Übereinkommen von 1996“ bezeichnet);

b) dem am 19. Dezember 1988 unterzeichneten Ersten Protokoll betreffend die Auslegung des Übereinkommens über das auf vertragliche Schuldver-

#### Title I

### General Provisions

#### Article 1

The Czech Republic, the Republic of Estonia, the Republic of Cyprus, the Republic of Latvia, the Republic of Lithuania, the Republic of Hungary, the Republic of Malta, the Republic of Poland, the Republic of Slovenia and the Slovak Republic hereby accede to:

(a) the Convention on the Law applicable to Contractual Obligations, opened for signature in Rome on 19 June 1980, hereinafter referred to as “the Convention of 1980”, as it stands following incorporation of the adjustments and amendments made thereto by:

- the Convention signed in Luxembourg on 10 April 1984, hereinafter referred to as “the Convention of 1984”, on the accession of the Hellenic Republic to the Convention on the Law applicable to Contractual Obligations,
- the Convention signed in Funchal on 18 May 1992, hereinafter referred to as “the Convention of 1992”, on the accession of the Kingdom of Spain and the Portuguese Republic to the Convention on the Law applicable to Contractual Obligations,
- the Convention signed in Brussels on 29 November 1996, hereinafter referred to as “the Convention of 1996”, on the accession of the Republic of Austria, the Republic of Finland and the Kingdom of Sweden to the Convention on the Law applicable to Contractual Obligations;

(b) the First Protocol, signed on 19 December 1988, hereinafter referred to as “the First Protocol of 1988” on the interpretation by the Court of Justice of

#### Titre I

### Dispositions générales

#### Article 1

La République tchèque, la République d'Estonie, la République de Chypre, la République de Lettonie, la République de Lituanie, la République de Hongrie, la République de Malte, la République de Pologne, la République de Slovénie et la République slovaque adhèrent:

a) à la Convention sur la loi applicable aux obligations contractuelles, ouverte à la signature à Rome le 19 juin 1980 et ci-après dénommée «convention de 1980», telle qu'elle résulte des adaptations et modifications y apportées par:

- la Convention, signée à Luxembourg le 10 avril 1984 et ci-après dénommée «convention de 1984», relative à l'adhésion de la République hellénique à la Convention sur la loi applicable aux obligations contractuelles;
- la Convention, signée à Funchal le 18 mai 1992 et ci-après dénommée «convention de 1992», relative à l'adhésion du Royaume d'Espagne et de la République portugaise à la Convention sur la loi applicable aux obligations contractuelles;
- la Convention, signée à Bruxelles le 29 novembre 1996 et ci-après dénommée «convention de 1996», relative à l'adhésion de la République d'Autriche, de la République de Finlande et du Royaume de Suède à la Convention sur la loi applicable aux obligations contractuelles;

b) au premier protocole, signé le 19 décembre 1988 et ci-après dénommé «premier protocole de 1988», concernant l'interprétation par la Cour de jus-

hältnisse anzuwendende Recht durch den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften (im Folgenden als „Erstes Protokoll von 1988“ bezeichnet) in der durch das Übereinkommen von 1992 und das Übereinkommen von 1996 geänderten Fassung;

- c) dem am 19. Dezember 1988 unterzeichneten Zweiten Protokoll zur Übertragung bestimmter Zuständigkeiten für die Auslegung des Übereinkommens über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht auf den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften (im Folgenden als „Zweites Protokoll von 1988“ bezeichnet),

the European Communities of the Convention on the Law applicable to Contractual Obligations, as it stands following incorporation of the adjustments and amendments made thereto by the Convention of 1992 and the Convention of 1996;

- (c) the Second Protocol, signed on 19 December 1988, hereinafter referred to as “the Second Protocol of 1988”, conferring on the Court of Justice of the European Communities certain powers to interpret the Convention on the Law applicable to Contractual Obligations.

tice des Communautés européennes de la Convention sur la loi applicable aux obligations contractuelles, tel qu’il résulte des adaptations et modifications y apportées par la convention de 1992 et la convention de 1996;

- c) au deuxième protocole, signé le 19 décembre 1988 et ci-après dénommé «deuxième protocole de 1988», attribuant à la Cour de justice des Communautés européennes certaines compétences en matière d’interprétation de la Convention sur la loi applicable aux obligations contractuelles.

## Titel II

### Anpassungen des Ersten Protokolls von 1988

#### Artikel 2

In Artikel 2 Buchstabe a des Ersten Protokolls von 1988 werden die folgenden Gedankenstriche eingefügt:

- a) zwischen dem ersten und zweiten Gedankenstrich:
- in der Tschechischen Republik:  
Nejvyšší soud České republiky  
Nejvyšší správní soud
- b) zwischen dem dritten und vierten Gedankenstrich:
- in Estland:  
Riigikohus
- c) zwischen dem achten und neunten Gedankenstrich:
- in Zypern:  
Ανώτατο Δικαστήριο
  - in Lettland:  
Augstākās Tiesas Senāts
  - in Litauen:  
Lietuvos Aukščiausiasis Teismas  
Lietuvos vyriausiasis administracinis teismas
- d) zwischen dem neunten und zehnten Gedankenstrich:
- in Ungarn:  
Legfelsőbb Bíróság
  - in Malta:  
Qorti ta’ l-Appell
- e) zwischen dem elften und zwölften Gedankenstrich:
- in Polen:  
Sąd Najwyższy  
Naczelny Sąd Administracyjny
- f) zwischen dem zwölften und dreizehnten Gedankenstrich:

## Title II

### Adjustments to the First Protocol of 1988

#### Article 2

The following indents shall be inserted in Article 2(a):

- (a) between the first and the second indents:
- in the Czech Republic:  
Nejvyšší soud České republiky  
Nejvyšší správní soud
- (b) between the third and the fourth indents:
- in Estonia:  
Riigikohus
- (c) between the eighth and the ninth indents:
- in Cyprus:  
Ανώτατο Δικαστήριο
  - in Latvia:  
Augstākās Tiesas Senāts
  - in Lithuania:  
Lietuvos Aukščiausiasis Teismas  
Lietuvos vyriausiasis administracinis teismas
- (d) between the ninth and the tenth indents:
- in Hungary:  
Legfelsőbb Bíróság
  - in Malta:  
Qorti ta’ l-Appell
- (e) between the eleventh and the twelfth indents:
- in Poland:  
Sąd Najwyższy  
Naczelny Sąd Administracyjny
- (f) between the twelfth and the thirteenth indents:

## Titre II

### Adaptions du premier protocole de 1988

#### Article 2

Les tirets suivants sont insérés à l’article 2, point a):

- a) entre le premier et le deuxième tirets:
- en République tchèque:  
Nejvyšší soud České republiky  
Nejvyšší správní soud
- b) entre le troisième et le quatrième tirets:
- en Estonie:  
Riigikohus
- c) entre le huitième et le neuvième tirets:
- à Chypre:  
Ανώτατο Δικαστήριο
  - en Lettonie:  
Augstākās Tiesas Senāts
  - en Lituanie:  
Lietuvos Aukščiausiasis Teismas  
Lietuvos vyriausiasis administracinis teismas
- d) entre le neuvième et le dixième tirets:
- en Hongrie:  
Legfelsőbb Bíróság
  - à Malte:  
Qorti ta’ l-Appell
- e) entre le onzième et le douzième tirets:
- en Pologne:  
Sąd Najwyższy  
Naczelny Sąd Administracyjny
- f) entre le douzième et le treizième tirets:

- |  |   |  |
|--|---|--|
| <p>– in Slowenien:<br/>Ustavno sodisce Republike Slovenije<br/>Vrhovno sodisce Republike Slovenije</p> <p>– in der Slowakei:<br/>Najvyšší súd Slovenskej republiky</p> | <p>– in Slovenia:<br/>Ustavno sodišče Republike Slovenije<br/>Vrhovno sodišče Republike Slovenije</p> <p>– in Slovakia:<br/>Najvyšší súd Slovenskej republiky</p> | <p>– en Slovénie:<br/>Ustavno sodišče Republike Slovenije<br/>Vrhovno sodišče Republike Slovenije</p> <p>– en Slovaquie:<br/>Najvyšší súd Slovenskej republiky</p> |
|--|---|--|

Titel III  
Schlussbestimmungen

**Artikel 3**

(1) Der Generalsekretär des Rates der Europäischen Union übermittelt den Regierungen der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik je eine beglaubigte Abschrift des Übereinkommens von 1980, des Übereinkommens von 1984, des Ersten Protokolls von 1988, des Zweiten Protokolls von 1988, des Übereinkommens von 1992 und des Übereinkommens von 1996 in dänischer, deutscher, englischer, finnischer, französischer, griechischer, irischer, italienischer, niederländischer, portugiesischer, schwedischer und spanischer Sprache.

(2) Der Wortlaut des Übereinkommens von 1980, des Übereinkommens von 1984, des Ersten Protokolls von 1988, des Zweiten Protokolls von 1988, des Übereinkommens von 1992 und des Übereinkommens von 1996 in estnischer, lettischer, litauischer, maltesischer, polnischer, slowakischer, slowenischer, tschechischer und ungarischer Sprache ist gleichermaßen verbindlich wie die anderen Wortlaute des Übereinkommens von 1980, des Übereinkommens von 1984, des Ersten Protokolls von 1988, des Zweiten Protokolls von 1988, des Übereinkommens von 1992 und des Übereinkommens von 1996.

**Artikel 4**

Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation durch die Unterzeichnerstaaten. Die Ratifikationsurkunden werden beim Generalsekretär des Rates der Europäischen Union hinterlegt.

**Artikel 5**

(1) Dieses Übereinkommen tritt zwischen den Staaten, die es ratifiziert haben, am ersten Tag des dritten Monats nach Hinterlegung der zweiten Ratifikationsurkunde in Kraft.

(2) Danach tritt dieses Übereinkommen für jeden Unterzeichnerstaat, der es später ratifiziert, am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der der Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde folgt.

Title III  
Final Provisions

**Article 3**

1. The Secretary-General of the Council of the European Union shall transmit a certified copy of the Convention of 1980, the Convention of 1984, the First Protocol of 1988, the Second Protocol of 1988, the Convention of 1992 and the Convention of 1996 in the Danish, Dutch, English, Finnish, French, German, Greek, Irish, Italian, Portuguese, Spanish and Swedish languages to the Governments of the Czech Republic, the Republic of Estonia, the Republic of Cyprus, the Republic of Latvia, the Republic of Lithuania, the Republic of Hungary, the Republic of Malta, the Republic of Poland, the Republic of Slovenia and the Slovak Republic.

2. The text of the Convention of 1980, the Convention of 1984, the First Protocol of 1988, the Second Protocol of 1988, the Convention of 1992 and the Convention of 1996 in the Czech, Estonian, Hungarian, Latvian, Lithuanian, Maltese, Polish, Slovakian and Slovenian languages shall be authentic under the same conditions as the other texts of the Convention of 1980, the Convention of 1984, the First Protocol of 1988, the Second Protocol of 1988, the Convention of 1992 and the Convention of 1996.

**Article 4**

This Convention shall be ratified by the signatory States. The instruments of ratification shall be deposited with the Secretary-General of the Council of the European Union.

**Article 5**

1. This Convention shall enter into force between the States which have ratified it, on the first day of the third month following the deposit of the second instrument of ratification.

2. Thereafter, this Convention shall enter into force, for each signatory State which subsequently ratifies it, on the first day of the third month following the deposit of its instrument of ratification.

Titre III  
Dispositions finales

**Article 3**

1. Le Secrétaire général du Conseil de l'Union européenne remet aux gouvernements de la République tchèque, de la République d'Estonie, de la République de Chypre, de la République de Lettonie, de la République de Lituanie, de la République de Hongrie, de la République de Malte, de la République de Pologne, de la République slovaque et de la République de Slovénie une copie certifiée conforme de la convention de 1980, de la convention de 1984, du premier protocole de 1988, du deuxième protocole de 1988, de la convention de 1992 et de la convention de 1996, en langues allemande, anglaise, danoise, espagnole, finnoise, française, grecque, italienne, néerlandaise, portugaise et suédoise.

2. Les textes de la convention de 1980, de la convention de 1984, du premier protocole de 1988, du deuxième protocole de 1988, de la convention de 1992 et de la convention de 1996, en langues estonienne, hongroise, lettone, lituanienne, maltaise, polonaise, slovaque, slovène et tchèque, font foi dans les mêmes conditions que les autres textes de la convention de 1980, de la convention de 1984, du premier protocole de 1988, du deuxième protocole de 1988, de la convention de 1992 et de la convention de 1996.

**Article 4**

La présente convention est ratifiée par les États signataires. Les instruments de ratification sont déposés auprès du Secrétaire général du Conseil de l'Union européenne.

**Article 5**

1. La présente convention entre en vigueur, dans les rapports entre les États qui l'ont ratifiée, le premier jour du troisième mois suivant le dépôt du deuxième instrument de ratification.

2. La présente convention entre en vigueur, pour chaque État signataire qui la ratifie ultérieurement, le premier jour du troisième mois suivant le dépôt de son instrument de ratification.



**Artikel 6**

Der Generalsekretär des Rates der Europäischen Union notifiziert den Unterzeichnerstaaten

- a) die Hinterlegung jeder Ratifikationsurkunde;
- b) die Tage, an denen dieses Übereinkommen für die Vertragsstaaten in Kraft tritt.

**Artikel 7**

Dieses Übereinkommen ist in einer Urschrift in dänischer, deutscher, englischer, estnischer, finnischer, französischer, griechischer, irischer, italienischer, lettischer, litauischer, maltesischer, niederländischer, polnischer, portugiesischer, schwedischer, slowakischer, slowenischer, spanischer, tschechischer und ungarischer Sprache abgefasst, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist; es wird im Archiv des Generalsekretariats des Rates der Europäischen Union hinterlegt. Der Generalsekretär übermittelt der Regierung jedes Unterzeichnerstaats eine beglaubigte Abschrift.

Geschehen zu Luxemburg am vierzehnten April zweitausendundfünf.

**Article 6**

The Secretary-General of the Council of the European Union shall notify the signatory States of:

- (a) the deposit of each instrument of ratification;
- (b) the dates of entry into force of this Convention for the Contracting States.

**Article 7**

This Convention, drawn up in a single original in the Czech, Danish, Dutch, English, Estonian, Finnish, French, German, Greek, Hungarian, Irish, Italian, Latvian, Lithuanian, Maltese, Polish, Portuguese, Slovakian, Slovenian, Spanish and Swedish languages, all 21 texts being equally authentic, shall be deposited in the archives of the General Secretariat of the Council of the European Union. The Secretary-General shall transmit a certified copy to the Government of each signatory state.

Done at Luxembourg on the fourteenth day of April in the year two thousand and five.

**Article 6**

Le Secrétaire général du Conseil de l'Union européenne notifie aux États signataires:

- a) le dépôt de tout instrument de ratification;
- b) les dates d'entrée en vigueur de la présente convention pour les États contractants.

**Article 7**

La présente convention, rédigée en un exemplaire unique en langues allemande, anglaise, danoise, espagnole, estonienne, finnoise, française, grecque, hongroise, irlandaise, italienne, lettone, lituanienne, maltaise, néerlandaise, polonaise, portugaise, slovaque, slovène, suédoise et tchèque, les vingt et un textes faisant également foi, est déposée dans les archives du Secrétariat général du Conseil de l'Union européenne. Le Secrétaire général en remet une copie certifiée conforme à chacun des gouvernements des États signataires.

Fait à Luxembourg, le quatorze avril deux mille cinq.



**Verordnung**  
**zur Durchführung der Vereinbarung vom 9. März 2006**  
**zwischen dem Bundesministerium des Innern der Bundesrepublik Deutschland**  
**und dem Ministerium des Innern der Tschechischen Republik**  
**über die Errichtung vorgeschobener deutscher und tschechischer**  
**Grenzabfertigungsstellen an bestimmten Grenzübergängen**  
**und über die Strecken für die gemeinsame Grenzabfertigung**  
**während der Fahrt in Zügen**

**Vom 21. April 2006**

Auf Grund des Artikels 2 des Gesetzes vom 10. Januar 1996 zu dem Vertrag vom 19. Mai 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über Erleichterungen der Grenzabfertigung im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr (BGBl. 1996 II S. 18) verordnet das Bundesministerium des Innern:

**Artikel 1**

Nach Maßgabe der Vereinbarung vom 9. März 2006 zwischen dem Bundesministerium des Innern der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerium des Innern der Tschechischen Republik über die Errichtung vorgeschobener Grenzabfertigungsstellen an bestimmten Grenzübergängen und über die Strecken für die gemeinsame Grenzabfertigung während der Fahrt in Zügen werden an der deutsch-tschechischen Grenze an

1. dem Straßengrenzübergang  
Waidhaus (Straße) – Rozvadov/Roßhaupt  
eine vorgeschobene tschechische Grenzabfertigungsstelle auf deutschem Gebiet
- sowie
2. dem Eisenbahngrenzübergang  
Großschönau – Varnsdorf/Warnsdorf  
eine vorgeschobene deutsche Grenzabfertigungsstelle auf tschechischem Gebiet

errichtet. Die Vereinbarung wird nachstehend veröffentlicht.

**Artikel 2**

(1) Diese Verordnung tritt am 1. Mai 2006 in Kraft.

(2) Diese Verordnung tritt an dem Tage außer Kraft, an dem die Vereinbarung nach Artikel 1 außer Kraft tritt. Der Tag des Außerkrafttretens ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Berlin, den 21. April 2006

Der Bundesminister des Innern  
Schäuble

Vereinbarung  
zwischen dem Bundesministerium des Innern der Bundesrepublik Deutschland  
und dem Ministerium des Innern der Tschechischen Republik  
über die Änderung und Ergänzung der Vereinbarung vom 17. September 2004  
zwischen dem Bundesministerium des Innern der Bundesrepublik Deutschland  
und dem Ministerium des Innern der Tschechischen Republik  
über die Errichtung vorgeschobener Grenzabfertigungsstellen  
und die Bestimmung von Strecken für die Grenzabfertigung  
während der Fahrt in Zügen und auf Schiffen

Ujednání  
mezi Spolkovým ministerstvem vnitra Spolkové republiky Německo,  
a Ministerstvem vnitra České republiky  
kterým se mění a doplňuje Ujednání mezi Spolkovým  
ministerstvem vnitra Spolkové republiky Německo  
a Ministerstvem vnitra České republiky  
o zřízení předsunutých pohraničních odbavovacích stanovišť a o stanovení tras  
pro pohraniční odbavování během jízdy ve vlacích a na lodích  
ze 17. září 2004

Das Bundesministerium des Innern  
der Bundesrepublik Deutschland

und

das Ministerium des Innern  
der Tschechischen Republik

Spolkové ministerstvo vnitra Spolkové  
republiky Německo

a

Ministerstvo vnitra České republiky

haben gemäß Artikel 1 Absatz 3 des Vertrages vom 19. Mai 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über Erleichterungen der Grenzabfertigung im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr (im Folgenden „Vertrag“ genannt)

und in Übereinstimmung mit Artikel 45 Absatz 2 der Vereinbarung vom 17. September 2004 zwischen dem Bundesministerium des Innern der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerium des Innern der Tschechischen Republik über die Errichtung vorgeschobener Grenzabfertigungsstellen und die Bestimmung von Strecken für die Grenzabfertigung während der Fahrt in Zügen und auf Schiffen (im Folgenden „Vereinbarung aus 2004“ genannt)

Folgendes vereinbart:

**Artikel 1**

Die Vereinbarung aus 2004 wird wie folgt geändert und ergänzt:

(1) Nach Artikel 24 wird ein neuer Artikel 24a mit folgendem Wortlaut eingefügt:

„Artikel 24a  
Waidhaus (Straße) – Rozvadov/Roßhaupt

Am Straßengrenzübergang Waidhaus (Straße) – Rozvadov/Roßhaupt wird auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutsch-

se podle článku 1 odst. 3 Smlouvy mezi Spolkovou republikou Německo a Českou republikou o ulehčení pohraničního odbavování v železniční, silniční a vodní dopravě z 19. května 1995 (dále „Smlouva“)

a v souladu s článkem 45 odst. 2 Ujednání mezi Spolkovým ministerstvem vnitra Spolkové republiky Německo a Ministerstvem vnitra České republiky o zřízení předsunutých pohraničních odbavovacích stanovišť a o stanovení tras pro pohraniční odbavování během jízdy ve vlacích a na lodích ze 17. září 2004 (dále jen „Ujednání z roku 2004“)

dohodly takto:

**Článek 1**

Ujednání z roku 2004 se mění a doplňuje takto:

(1) Za stávající článek 24 se vkládá nový článek 24a, který zní:

„Článek 24a  
Waidhaus (silnice) – Rozvadov

Na silničním hraničním přechodu Waidhaus (silnice) – Rozvadov bude na území Spolkové republiky Německo zřízeno české

land eine tschechische vorgeschobene Grenzabfertigungsstelle errichtet. Die Zone umfasst:

- a) die von den Bediensteten beider Staaten gemeinsam genutzten Flächen, Anlagen und Räume, und zwar
  - den Abschnitt der Bundesstraße 14 von der gemeinsamen Staatsgrenze bis zur Grenzabfertigungsstelle und deren gesamte Flächen einschließlich der Gehwege, der Parkplätze, der Abstellflächen und der angrenzenden Flächen im Umfeld des Dienstgebäudes,
  - Eingangshalle, Sozialraum und Sanitäreanlagen im Dienstgebäude einschließlich der Zugänge,
  - Verbindungsflure,
  - den Mittelgang der Abfertigungskabine,
  - Verbindungswege;
- b) die den tschechischen Bediensteten zur alleinigen Nutzung überlassenen Anlagen und Räume, und zwar
  - den Dienstraum rechts von der Eingangshalle im Dienstgebäude,
  - den westlichen Teil der Abfertigungskabine.“

(2) Nach dem Artikel 34 wird ein neuer Artikel 34a mit folgendem Wortlaut eingefügt:

„Artikel 34a  
Großschönau – Varnsdorf/Warnsdorf

Am Eisenbahngrenzübergang Großschönau – Varnsdorf/Warnsdorf wird auf dem Hoheitsgebiet der Tschechischen Republik eine deutsche vorgeschobene Grenzabfertigungsstelle am Bahnhof Varnsdorf/Warnsdorf errichtet. Die Zone umfasst:

- a) die von den Bediensteten beider Staaten gemeinsam genutzten Flächen, Anlagen und Räume, und zwar
  - Raum und Verbindungsflure im Bahnhofsgebäude,
  - Sanitäreanlagen im Bahnhofsgebäude,
  - Gleise und Bahnsteige einschließlich der Zugänge;
- b) die kürzeste Straßenverbindung zwischen dem Bahnhof Varnsdorf/Warnsdorf und dem nächstgelegenen Straßengrenzübergang, soweit dies zur Wahrnehmung der Befugnisse nach Artikel 7 Absatz 1 des Vertrages erforderlich ist.“

(3) Artikel 43 lautet wie folgt:

„Artikel 43  
Bayerisch Eisenstein – Železná Ruda/Markt Eisenstein

Am Eisenbahngrenzübergang Bayerisch Eisenstein – Železná Ruda/Markt Eisenstein wird auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland eine tschechische vorgeschobene Grenzabfertigungsstelle am Bahnhof Bayerisch Eisenstein errichtet. Auf der Strecke Regen – Špičák kann die Grenzabfertigung während der Fahrt in den Zügen erfolgen. Die Zone umfasst:

- a) die von den Bediensteten beider Staaten gemeinsam genutzten Flächen, Anlagen und Räume, und zwar
  - Gleise und Bahnsteige einschließlich der Zugänge,
  - die Halle im Bahnhofsgebäude, soweit diese sich auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland befindet;
- b) einen den tschechischen Bediensteten zur alleinigen Nutzung überlassenen Raum im Erdgeschoss des Bahnhofsgebäudes, soweit dieser sich auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland befindet;
- c) die Strecke Regen – Špičák für die Grenzabfertigung während der Fahrt in den Zügen;
- d) die kürzeste Straßenverbindung zwischen dem Endbahnhof der Strecke gemäß Buchstabe c und dem nächstgelegenen

předsunutě pohraniční odbavovací stanoviště. Prostor zahrnuje:

- a) plochy, zařízení a prostory společně užívané pracovníky obou států, a to
  - úsek spolkové silnice 14 od společných státních hranic až k pohraničnímu odbavovacímu stanovišti a celé jeho plochy, včetně chodníků, parkovacích míst, odstavných ploch a přilehlých ploch v okolí služební budovy,
  - vstupní halu, sociální místnost a sanitární zařízení ve služební budově včetně přístupů,
  - spojovací chodby,
  - střední chodbu v odbavovací buňce,
  - spojovací cesty;
- b) zařízení a prostory užívané výhradně českými pracovníky, a to
  - služební místnost vpravo od vstupní haly ve služební budově,
  - západní část odbavovací buňky.“

(2) Za stávající článek 34 se vkládá nový článek 34a, který zní:

„Článek 34a  
Großschönau – Varnsdorf

Na železničním hraničním přechodu Großschönau – Varnsdorf bude na území České republiky zřízeno německé předsunutě pohraniční odbavovací stanoviště na nádraží Varnsdorf. Prostor zahrnuje:

- a) plochy, zařízení a prostory společně užívané pracovníky obou států, a to
  - místnost a spojovací chodby v nádražní budově,
  - sanitární zařízení v nádražní budově,
  - koleje a nástupiště včetně přístupů;
- b) nejkratší silniční spojení mezi nádražím Varnsdorf a nejbližším silničním hraničním přechodem, pokud je to nutné k výkonu oprávnění podle článku 7 odst. 1 Smlouvy.“

(3) Článek 43 zní takto:

„Článek 43  
Bayerisch Eisenstein/Bavorská Železná Ruda – Železná Ruda

Na železničním hraničním přechodu Bayerisch Eisenstein/Bavorská Železná Ruda – Železná Ruda bude na území Spolkové republiky Německo zřízeno české předsunutě pohraniční odbavovací stanoviště na nádraží Bayerisch Eisenstein/Bavorská Železná Ruda. Na trase Regen – Špičák může probíhat pohraniční odbavování během jízdy ve vlacích. Prostor zahrnuje:

- a) plochy, zařízení a prostory společně užívané pracovníky obou států, a to
  - koleje a nástupiště včetně přístupů,
  - halu v nádražní budově, pokud se nachází na území Spolkové republiky Německo;
- b) místnost v přízemí nádražní budovy užívanou výhradně českými pracovníky, pokud se nachází na území Spolkové republiky Německo;
- c) trasu Regen – Špičák pro pohraniční odbavování během jízdy ve vlacích;
- d) nejkratší silniční spojení mezi konečným nádražím trasy podle písmene c) a nejbližším silničním hraničním přechodem,

Straßengrenzübergang, soweit dies zur Wahrnehmung der Befugnisse nach Artikel 7 Absatz 1 des Vertrages erforderlich ist.“

pokud je to nutné k výkonu oprávnění podle článku 7 odst. 1 Smlouvy.“

#### Artikel 2

(1) Diese Vereinbarung tritt am ersten Tag des zweiten Monats, der auf den Tag der Unterzeichnung folgt, in Kraft.

(2) Diese Vereinbarung tritt gleichzeitig mit dem Außerkraftreten des Vertrages oder der Vereinbarung aus 2004 außer Kraft.

Geschehen zu Berlin am 9. März 2006 in zwei Urschriften, jede in deutscher und tschechischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

#### Článek 2

(1) Toto ujednání vstoupí v platnost prvního dne druhého měsíce následujícího po dni podpisu.

(2) Toto ujednání pozbuđe platnosti současně s pozbytím platnosti Smlouvy nebo Ujednání z roku 2004.

Dáno v Berlíně dne 9. března 2006 ve dvou původních vyhotoveních, každé v jazyce českém a německém, přičemž obě znění mají stejnou platnost.

Für das Bundesministerium des Innern  
der Bundesrepublik Deutschland

Za Spolkové ministerstvo vnitra  
Spolkové republiky Německo

R. Kass

Für das Ministerium des Innern  
der Tschechischen Republik

Za Ministerstvo vnitra  
České republiky

Koudelný

---

### Bekanntmachung zu dem Übereinkommen über den Straßenverkehr

Vom 9. März 2006

Die Schweiz hat mit Wirkung zum 28. März 2006 den bei Ratifikation des Übereinkommens am 11. Dezember 1992 angebrachten Vorbehalt (BGBl. 1992 II S. 1138) zu Artikel 11 Abs. 1 Buchstabe a des Übereinkommens vom 8. November 1968 über den Straßenverkehr (BGBl. 1977 II S. 809, 811) zurückgenommen.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 9. Januar 2006 (BGBl. II S. 122).

Berlin, den 9. März 2006

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Läufer

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich  
des Protokolls vom 6. Oktober 1989 zur Änderung des Artikels 56  
des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt**

**Vom 17. März 2006**

Das Protokoll vom 6. Oktober 1989 zur Änderung des Artikels 56 des Abkommens vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt (BGBl. 1996 II S. 2498) ist nach seiner Ziffer 3 Buchstabe g für

Bhutan	am 26. August 2005
Korea, Demokratische Volksrepublik	am 11. Oktober 2005
Russische Föderation	am 16. August 2005
Simbabwe	am 8. November 2005
Timor-Leste	am 4. August 2005

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 20. Januar 2006 (BGBl. II S. 133).

Berlin, den 17. März 2006

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Läufer

---

**Bekanntmachung  
über das Inkrafttreten  
des deutsch-russischen Abkommens über die Erleichterung des Reiseverkehrs  
von Staatsangehörigen der Bundesrepublik Deutschland  
und Staatsangehörigen der Russischen Föderation**

**Vom 17. März 2006**

Das in Berlin am 10. Dezember 2003 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Russischen Föderation über die Erleichterung des Reiseverkehrs von Staatsangehörigen der Bundesrepublik Deutschland und Staatsangehörigen der Russischen Föderation (BGBl. 2004 II S. 138) ist nach seinem Artikel 21 Abs. 1 Satz 2

am 9. Dezember 2004

in Kraft getreten.

Berlin, den 17. März 2006

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Läufer

**Bekanntmachung  
über das Inkrafttreten  
des Abkommens über das Deutsch-Französische Jugendwerk**

**Vom 17. März 2006**

Das in Paris am 26. April 2005 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über das Deutsch-Französische Jugendwerk – Neufassung des Abkommens vom 25. November 1983 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Errichtung des deutsch-französischen Jugendwerks – (BGBl. 2005 II S. 773) ist nach seinem Artikel 18 Abs. 1

am 15. Februar 2006

in Kraft getreten.

Berlin, den 17. März 2006

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Läufer

---

**Bekanntmachung  
zu Beschlüssen der OSPAR-Kommission  
nach Artikel 13 des Übereinkommens  
zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks**

**Vom 27. März 2006**

Nach Artikel 2 Abs. 3 der 3. OSPAR-Verordnung vom 4. Januar 2006 (BGBl. 2006 II S. 2) wird bekannt gemacht, dass der Beschluss 2005/1 zur Änderung des OSPAR-Beschlusses 2000/2 (BGBl. 2001 II S. 138) über ein abgestimmtes verbindliches System zur Regelung der Verwendung von Off-shore-Chemikalien und der Verringerung ihrer Einleitung

am 16. Januar 2006

in Kraft getreten ist.

Gleichzeitig wird bekannt gemacht, dass mit Inkrafttreten des Beschlusses 2005/1 auch die Verordnung vom 4. Januar 2006 zu dem Beschluss

am 16. Januar 2006

in Kraft getreten ist.

Berlin, den 27. März 2006

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Läufer

**Bekanntmachung  
über das Inkrafttreten  
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und dem Obersten Rat der Europäischen Schulen  
über die Europäische Schule in Frankfurt am Main**

**Vom 27. März 2006**

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 22. August 2005 zu dem Abkommen vom 31. Juli 2002 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Obersten Rat der Europäischen Schulen über die Europäische Schule in Frankfurt am Main (BGBl. 2005 II S. 890) wird bekannt gemacht, dass das Abkommen nach seinem Artikel 13

am 18. Oktober 2005

in Kraft getreten ist.

Berlin, den 27. März 2006

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Läufer

---

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Protokolls  
zum Abkommen über die Einfuhr von Gegenständen  
erzieherischen, wissenschaftlichen oder kulturellen Charakters**

**Vom 27. März 2006**

Das Protokoll vom 26. November 1976 zu dem Abkommen vom 22. November 1950 über die Einfuhr von Gegenständen erzieherischen, wissenschaftlichen oder kulturellen Charakters (BGBl. 1989 II S. 490) ist nach seinem Teil VIII Abs. 17 Buchstabe b für

Liberia

am 16. Dezember 2005

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 12. August 2004 (BGBl. II S. 1334).

Berlin, den 27. März 2006

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Läufer



**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich  
des Abkommens über die Einfuhr von Gegenständen  
erzieherischen, wissenschaftlichen oder kulturellen Charakters**

**Vom 27. März 2006**

Das Abkommen vom 22. November 1950 über die Einfuhr von Gegenständen erzieherischen, wissenschaftlichen oder kulturellen Charakters (BGBl. 1957 II S. 170) ist nach seinem Artikel X für

Liberia am 16. September 2005  
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 11. Oktober 2005 (BGBl. II S. 1221).

Berlin, den 27. März 2006

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Läufer

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich der Konvention  
über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes**

**Vom 27. März 2006**

I.

Die Konvention vom 9. Dezember 1948 über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes (BGBl. 1954 II S. 729) ist nach ihrem Artikel XIII Abs. 3 für die

Vereinigten Arabischen Emirate am 9. Februar 2006  
nach Maßgabe des unter II. abgedruckten Vorbehalts  
in Kraft getreten.

II.

Die Vereinigten Arabischen Emirate am 11. November 2005:

*(Übersetzung)*

Reservation (Translation) (Original: Arabic)	Vorbehalt (Übersetzung) (Original: Arabisch)
--	--

“... the Government of the United Arab Emirates ... makes a reservation with respect to article IX thereof concerning the submission of disputes arising between the Contracting Parties relating to the interpretation, application or fulfilment of this Convention, to the International Court of Justice, at the request of any of the parties to the dispute.”

„... die Regierung der Vereinigten Arabischen Emirate ... bringt einen Vorbehalt zu Artikel IX der Konvention an, dem zufolge Streitfälle zwischen den Vertragschließenden Parteien hinsichtlich der Auslegung, Anwendung oder Durchführung der Konvention auf Antrag einer der an dem Streitfall beteiligten Parteien dem Internationalen Gerichtshof unterbreitet werden.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 11. Oktober 2005 (BGBl. II S. 1221).

Berlin, den 27. März 2006

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Läufer

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich  
des Übereinkommens über die Sicherheit von Personal  
der Vereinten Nationen und beigeordnetem Personal**

**Vom 27. März 2006**

I.

Das Übereinkommen vom 15. Dezember 1994 über die Sicherheit von Personal der Vereinten Nationen und beigeordnetem Personal (BGBl. 1997 II S. 230) ist nach seinem Artikel 27 Abs. 2 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Kuwait	am 18. August 2004
nach Maßgabe des am 19. Juli 2004 bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde angebrachten Vorbehalts zu Artikel 22 Abs. 1 gemäß Artikel 22 Abs. 2 des Übereinkommens	
Samoa	am 18. September 2005.

II.

Einsprüche und Erklärung

Griechenland hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen als Verwahrer des unter I. genannten Übereinkommens am 21. Juli 2005 den nachstehend abgedruckten Einspruch zu den Erklärungen und Vorbehalten der Türkei (vgl. Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. II S. 1516)) notifiziert:

*(Übersetzung)*

„The Government of the Hellenic Republic has examined the declarations made by the Republic of Turkey upon ratification of the 1994 Convention on the Safety of United Nations and Associated Personnel.

„Die Regierung der Hellenischen Republik hat die von der Republik Türkei bei der Ratifikation des Übereinkommens von 1994 über die Sicherheit von Personal der Vereinten Nationen und beigeordnetem Personal abgegebenen Erklärungen geprüft.

In the view of the Government of the Hellenic Republic, paragraph I of these declarations amounts to a reservation which raises concerns as to the commitment of Turkey to implement core provisions of the Convention and in particular those pertaining to the prevention and suppression of crimes against United Nations and Associated Personnel. The reservation may also lead to a discriminatory application of the Convention.

Nach Auffassung der Regierung der Hellenischen Republik kommt Absatz I der Erklärungen einem Vorbehalt gleich, der Bedenken weckt, inwieweit die Türkei sich verpflichtet fühlt, Kernbestimmungen des Übereinkommens durchzuführen, insbesondere diejenigen hinsichtlich der Verhütung und Abwendung von Straftaten gegen Personal der Vereinten Nationen und beigeordnetes Personal. Dieser Vorbehalt kann ferner zu einer diskriminierenden Anwendung des Übereinkommens führen.

In connection with paragraph II of the declarations, the Government of the Hellenic Republic is of the view that it also amounts to a reservation as it raises the same concerns as above. Furthermore, it raises doubts as to whether Turkey fully undertakes the obligations incumbent upon it by virtue of Article 10 of the Convention.

In Bezug auf Absatz II der Erklärungen ist die Regierung der Hellenischen Republik der Auffassung, dass auch dieser einem Vorbehalt gleichkommt, da er ebenfalls die genannten Bedenken weckt. Zudem weckt er Zweifel, ob die Türkei in vollem Umfang die ihr aufgrund des Artikels 10 des Übereinkommens auferlegten Verpflichtungen übernimmt.

The Government of the Hellenic Republic, therefore, considers that the above reservations are incompatible with the object and purpose of the Convention.

Die Regierung der Hellenischen Republik ist daher der Auffassung, dass die genannten Vorbehalte mit Ziel und Zweck des Übereinkommens nicht vereinbar sind.

Regarding the reservation made by the Republic of Turkey in connection with Article 20 par. 1 of the Convention, the Govern-

Hinsichtlich des von der Republik Türkei im Zusammenhang mit Artikel 20 Absatz 1 des Übereinkommens angebrachten Vor-

ment of the Hellenic Republic considers that, in so far as the instruments referred to in the reservation are reflective of customary international law, they are universally binding and cannot be exempted from by a reservation.

For these reasons, the Government of the Hellenic Republic objects to the above reservations made by the Republic of Turkey to the Convention on the Safety of United Nations and Associated Personnel. This objection shall not preclude the entry into force of the Convention between the Hellenic Republic and the Republic of Turkey. The Convention, therefore, enters into force between the two States without taking into account the abovementioned reservations.”

Portugal hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen als Verwahrer des unter I. genannten Übereinkommens die nachstehend abgedruckte Erklärung, die am 15. Dezember 2005 eingegangen ist, zu den Erklärungen und Vorbehalten der Türkei (vgl. Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. II S. 1516)) notifiziert:

*(Übersetzung)*

“The Government of the Portuguese Republic has carefully examined the declarations and reservations made by the Republic of Turkey upon the ratification of the Convention on the Safety of United Nations and Associated Personnel.

The Government of Portugal considers that paragraph I of the declarations amounts to a reservation which raises concerns as to the commitment of Turkey to implement core provisions of the Convention and in particular those concerning the prevention and suppression of crimes against United Nations and associated personnel. This reservation may also lead to a discriminatory application of the Convention.

Portugal considers that paragraph II of the declaration also amounts to a reservation which is contrary to the object and purpose of the Convention, namely to its Article 10 which requires that each State party shall take such measures as may be necessary to establish its jurisdiction over the crimes against United Nations and associated personnel in the case of crimes committed in the territory of that State.

With regard to the reservation made by Turkey in connection with article 20, paragraph 1 of the Convention, Portugal considers that in so far as the instruments referred to in a reservation are reflective of customary international law, they are universally binding and cannot be exempted from by a reservation.

behalts ist die Regierung der Hellenischen Republik der Auffassung, dass Übereinkünfte, die Völkergewohnheitsrecht widerspiegeln, universelle Bindungswirkung entfalten, die nicht durch Erwähnung dieser Übereinkünfte in einem Vorbehalt aufgehoben werden kann.

Aus diesen Gründen erhebt die Regierung der Hellenischen Republik Einspruch gegen die genannten von der Republik Türkei zum Übereinkommen über die Sicherheit von Personal der Vereinten Nationen und beigeordnetem Personal angebrachten Vorbehalte. Dieser Einspruch schließt das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen der Hellenischen Republik und der Republik Türkei nicht aus. Das Übereinkommen tritt somit zwischen den beiden Staaten in Kraft, ohne dass die oben genannten Vorbehalte Berücksichtigung finden.“

„Die Regierung der Portugiesischen Republik hat die von der Republik Türkei bei der Ratifikation des Übereinkommens über die Sicherheit von Personal der Vereinten Nationen und beigeordnetem Personal abgegebenen Erklärungen und Vorbehalte sorgfältig geprüft.

Die Regierung von Portugal ist der Auffassung, dass Absatz I der Erklärungen einem Vorbehalt gleichkommt, der Bedenken weckt, inwieweit die Türkei sich verpflichtet fühlt, Kernbestimmungen des Übereinkommens durchzuführen, insbesondere diejenigen hinsichtlich der Verhütung und Abwendung von Straftaten gegen Personal der Vereinten Nationen und beigeordnetes Personal. Dieser Vorbehalt kann ferner zu einer diskriminierenden Anwendung des Übereinkommens führen.

Portugal ist der Auffassung, dass auch Absatz II der Erklärung einem Vorbehalt gleichkommt, der Ziel und Zweck des Übereinkommens entgegensteht, namentlich dessen Artikel 10, der jeden Vertragsstaat dazu verpflichtet, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um seine Gerichtsbarkeit über Straftaten gegen Personal der Vereinten Nationen und beigeordnetes Personal in dem Fall zu begründen, dass die Straftat im Hoheitsgebiet dieses Staates begangen wird.

Hinsichtlich des von der Türkei im Zusammenhang mit Artikel 20 Absatz 1 des Übereinkommens angebrachten Vorbehalts ist Portugal der Auffassung, dass Übereinkünfte, die Völkergewohnheitsrecht widerspiegeln, universelle Bindungswirkung entfalten, die nicht durch Erwähnung dieser Übereinkünfte in einem Vorbehalt aufgehoben werden kann.

The Government of the Portuguese Republic, therefore objects to the above reservations made by the Republic of Turkey to the Convention on the Safety of United Nations and Associated Personnel.

This objection shall not preclude the entry into force of the Convention between Portugal and Turkey.”

Das Vereinigte Königreich hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen als Verwahrer des unter I. genannten Übereinkommens am 16. August 2005 den nachstehend abgedruckten Einspruch zu den Erklärungen und Vorbehalten der Türkei (vgl. Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. II S. 1516)) notifiziert:

(Übersetzung)

“The Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland has examined the declaration made by the Republic of Turkey upon ratification of the 1994 Convention on the Safety of United Nations and Associated Personnel.

The Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland is concerned that paragraph I of the declaration may amount to a reservation of indeterminate scope. Diplomatic relations between Turkey and other States are capable of being established and terminated at will, and without the other State Parties to the Convention knowing of their status. It would offend the legal certainty of treaty relations to attempt to make these contingent upon the existence of diplomatic relations.

As regards paragraph II of the declaration, the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland is of the view that it raises doubts as to whether Turkey fully undertakes the obligations incumbent upon it by virtue of Article 10 of the Convention. As well as providing that a State Party shall establish its jurisdiction over crimes committed within its national territory, or on board a ship or aircraft registered in that State, Article 10 also provides that a State shall take measures to assume jurisdiction where the alleged offender is a national of that State. Paragraph II, in attempting to ratify the Convention solely with regard to the national territory of Turkey, appears to be contrary to Article 10 (1) (b).

The Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, therefore, considers that the above paragraphs of the declaration constitute reservations which are incompatible with the object and purpose of the Convention.

Regarding the reservation made by the Republic of Turkey in connection with Article 20 (1) of the Convention, the Government of the United Kingdom of Great

Die Regierung der Portugiesischen Republik erhebt daher Einspruch gegen die oben genannten Vorbehalte der Republik Türkei zum Übereinkommen über die Sicherheit von Personal der Vereinten Nationen und beigeordnetem Personal.

Dieser Einspruch schließt das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen Portugal und der Türkei nicht aus.“

„Die Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland hat die von der Republik Türkei bei der Ratifikation des Übereinkommens von 1994 über die Sicherheit von Personal der Vereinten Nationen und beigeordnetem Personal abgegebene Erklärung geprüft.

Die Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland ist besorgt, dass Absatz I der Erklärung einem Vorbehalt unbestimmten Umfangs gleichkommen könnte. Diplomatische Beziehungen zwischen der Türkei und anderen Staaten können nach Belieben aufgenommen und beendet werden, ohne dass die anderen Vertragsstaaten des Übereinkommens von deren Stand Kenntnis haben. Die Rechtssicherheit vertraglicher Beziehungen würde Schaden nehmen, wenn man versuchte, diese vom Bestehen diplomatischer Beziehungen abhängig zu machen.

Hinsichtlich des Absatzes II der Erklärung ist die Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland der Auffassung, dass dieser Zweifel weckt, ob die Türkei in vollem Umfang die ihr aufgrund des Artikels 10 des Übereinkommens auferlegten Verpflichtungen übernimmt. Artikel 10 legt nicht nur fest, dass ein Vertragsstaat seine Gerichtsbarkeit für im Hoheitsgebiet dieses Staates oder an Bord eines in diesem Staat eingetragenen Schiffes oder Luftfahrzeugs begangene Straftaten begründet, sondern auch, dass ein Staat Maßnahmen zur Begründung seiner Gerichtsbarkeit trifft, wenn der Verdächtige Angehöriger dieses Staates ist. Absatz II, mit dem versucht wird, das Übereinkommen ausschließlich hinsichtlich des Staatsgebiets der Türkei zu ratifizieren, widerspricht allem Anschein nach Artikel 10 Absatz 1 Buchstabe b.

Die Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland ist daher der Auffassung, dass die oben genannten Absätze der Erklärung Vorbehalte darstellen, die mit Ziel und Zweck des Übereinkommens nicht vereinbar sind.

Hinsichtlich des von der Republik Türkei im Zusammenhang mit Artikel 20 Absatz 1 des Übereinkommens angebrachten Vorbehalts ist die Regierung des Vereinigten

Britain and Northern Ireland considers that, in so far as the instruments referred to in the reservation are reflective of customary international law, they are universally binding and cannot be derogated from.

For these reasons, the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland objects to the above reservations made by the Republic of Turkey to the Convention on the Safety of United Nations and Associated Personnel.

This objection shall not preclude the entry into force of the Convention between the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the Republic of Turkey. The Convention, therefore, enters into force between the two States without taking into account the above-mentioned reservations.”

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 23. März 2005 (BGBl. II S. 554).

Berlin, den 27. März 2006

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Läufer

Königreichs Großbritannien und Nordirland der Auffassung, dass die in dem Vorbehalt genannten Übereinkünfte, soweit sie Völkergewohnheitsrecht widerspiegeln, allgemeine Geltung besitzen und von ihnen nicht abgewichen werden darf.

Aus diesen Gründen erhebt die Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland Einspruch gegen die oben genannten von der Republik Türkei zum Übereinkommen über die Sicherheit von Personal der Vereinten Nationen und beigeordnetem Personal angebrachten Vorbehalte.

Dieser Einspruch schließt das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland und der Republik Türkei nicht aus. Das Übereinkommen tritt somit zwischen den beiden Staaten in Kraft, ohne dass die oben genannten Vorbehalte Berücksichtigung finden.“

**Bekanntmachung  
des deutsch-indonesischen Abkommens  
über Finanzielle Zusammenarbeit**

**Vom 29. März 2006**

Das in Jakarta am 4. Oktober 2005 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Indonesien über Finanzielle Zusammenarbeit 2005 (Sonderzusage zur Wiederaufbauhilfe nach der Tsunami-/Erdbeben-Katastrophe ist nach seinem Artikel 5

am 13. Dezember 2005

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 29. März 2006

Bundesministerium  
für wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung  
Im Auftrag  
Dr. Ursula Schäfer-Preuss

**Abkommen**  
**zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland**  
**und der Regierung der Republik Indonesien**  
**über Finanzielle Zusammenarbeit 2005**

(Sonderzusage zur Wiederaufbauhilfe nach der Tsunami-/Erdbeben-Katastrophe)

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Republik Indonesien –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Indonesien,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

in dem Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Indonesien beizutragen,

eingedenk der weltweiten Solidarität nach der Tsunami-/Erdbeben-Katastrophe im Indischen Ozean vom 26. Dezember 2004 und dem Erdbeben bei der Nias-Inselgruppe am 26. März 2005,

unter Bezugnahme auf das Protokoll der Regierungsverhandlungen vom 19. Mai 2005 –

sind wie folgt übereingekommen:

**Artikel 1**

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Indonesien, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), Frankfurt am Main, Finanzierungsbeiträge von insgesamt 40 000 000,- EUR (in Worten: vierzig Millionen Euro) für folgende Vorhaben zu erhalten:

1. „Wiederherstellung und Wiederaufbau des Zainoel Abidin Hospital Banda Aceh“ bis zu 12 000 000,- EUR (in Worten: zwölf Millionen Euro),

2. „Wiederaufbauhilfe für das Distrikt-Gesundheitswesen Aceh/Nord-Sumatra“ bis zu 4 000 000,- EUR (in Worten: vier Millionen Euro),

3. „Wiederaufbauhilfe im Bereich Berufliche Bildung“ bis zu 10 000 000,- EUR (in Worten: zehn Millionen Euro),

4. „Wiederaufbauhilfe im Bereich Sekundarschulen“ bis zu 4 000 000,- EUR (in Worten: vier Millionen Euro),

5. „Wiederaufbauhilfe Wohnungs- und Siedlungsbau“ bis zu 10 000 000,- EUR (in Worten: zehn Millionen Euro);

wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieser Vorhaben festgestellt worden ist.

(2) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Indonesien durch andere Vorhaben ersetzt werden, die der Wiederherstellung oder dem Wiederaufbau in der Provinz Nanggroe Aceh Darussalam und der Nias-Inselgruppe dienen.

**Artikel 2**

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 Absatz 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der KfW und dem Empfänger der Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die Zusage der in Artikel 1 Absatz 1 genannten Beträge entfällt, soweit sie nicht innerhalb einer Frist von vier Jahren nach dem Zusagejahr ausgezahlt wurden. Für diese Beträge endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2009.

**Artikel 3**

Die Regierung der Republik Indonesien stellt die KfW von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 erwähnten Verträge in der Republik Indonesien erhoben werden.

## Artikel 4

Die Regierung der Republik Indonesien überlässt bei den sich aus der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und

erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

## Artikel 5

Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem beide Regierungen einander mitgeteilt haben, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der letzten Mitteilung.

Geschehen zu Jakarta am 4. Oktober 2005 in zwei Urschriften, jede in deutscher, indonesischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des indonesischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
Joachim Broudré-Gröger

Für die Regierung der Republik Indonesien  
Arizal Effendi

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Protokolls von Kyoto  
zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen**

**Vom 30. März 2006**

Das Protokoll von Kyoto vom 11. Dezember 1997 (BGBl. 2002 II S. 966) zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (BGBl. 1993 II S. 1783) wird nach seinem Artikel 25 Abs. 1 für

Bahrain	am	1. Mai 2006
Kap Verde	am	11. Mai 2006
Monaco	am	28. Mai 2006
Swasiland	am	13. April 2006
Syrien	am	27. April 2006

in Kraft treten.

Die Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 31. Januar 2006 (BGBl. II S. 184).

Berlin, den 30. März 2006

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Läufer



**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich  
des Fakultativprotokolls zum Übereinkommen  
zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau**

**Vom 30. März 2006**

I.

Das Fakultativprotokoll vom 6. Oktober 1999 (BGBl. 2001 II S. 1237) zum Übereinkommen vom 18. Dezember 1979 zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (BGBl. 1985 II S. 647) ist nach seinem Artikel 16 Abs. 2 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Burkina Faso	am	10. Januar 2006
Kamerun	am	7. April 2005
San Marino	am	15. Dezember 2005
Südafrika	am	18. Januar 2006
Vereinigtes Königreich	am	17. März 2005
unter Ausdehnung der räumlichen Anwendung auf die Insel Man und die Falklandinseln (Malwinen).		

Es wird ferner für

St. Kitts und Nevis	am	20. April 2006
Tansania	am	12. April 2006

in Kraft treten.

II.

Argentinien hat mit nachstehender Erklärung die von dem Vereinigten Königreich erklärte Ausdehnung des räumlichen Anwendungsbereiches des Fakultativprotokolls auf die Falklandinseln (Malwinen) zurückgewiesen:

*(Übersetzung)*

(Translation) (Original: Spanish)

„I have the honour to refer to the note submitted by the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland on 17 December 2004 (C.N. 1290.2004.TREATIES-13 (Depositary Notification)) concerning the territorial application of the 1999 Optional Protocol to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women.

The Argentine Republic wishes to reiterate the content of its note of 3 April 1989, by which it rejected the extension of the territorial application of the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women to the Malvinas (Falkland) Islands, South Georgia and the South Sandwich Islands, notified by the Government of the United Kingdom upon its ratification of that instrument on 7 April 1986.

The Argentine Republic similarly rejects the declaration of territorial application made by the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland upon its accession to the 1999 Optional Protocol to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women,

(Übersetzung) (Original: Spanish)

„Ich beehre mich, auf die vom Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland am 17. Dezember 2004 eingereichte Note (C.N. 1290.2004.TREATIES-13 (Notifikation an den Verwahrer)) hinsichtlich des Geltungsbereiches des Fakultativprotokolls von 1999 zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau Bezug zu nehmen.

Die Argentinische Republik möchte an den Inhalt ihrer Note vom 3. April 1989 erinnern, mit der sie die von der Regierung des Vereinigten Königreichs bei der Ratifikation des Übereinkommens am 7. April 1986 notifizierte Erstreckung des Geltungsbereiches des Übereinkommens gegen jede Form von Diskriminierung der Frau auf die Malwinen (Falklandinseln), Südgeorgien und die Südlichen Sandwichinseln zurückgewiesen hat.

Die Argentinische Republik weist ebenso die Erklärung über den Geltungsbereich des Fakultativprotokolls von 1999 zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau, die das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland bei seinem Beitritt abgegeben

with respect to the Malvinas (Falkland) Islands. The Government of Argentina wishes to reiterate that the Malvinas (Falkland) Islands, South Georgia and the South Sandwich Islands and surrounding maritime areas are an integral part of the territory of the Argentine Republic and are illegally occupied by the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, being the subject of a sovereignty dispute.

Because of the illegal occupation by the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, the General Assembly of the United Nations adopted resolutions 2065 (XX), 3160 (XXVIII), 31/49, 37/9, 38/12, 39/6, 40/21, 41/40, 42/19 and 43/25, in which a sovereignty dispute regarding the "Question of the Malvinas (Falkland) Islands" is recognized and the Governments of the Argentine Republic and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland are urged to resume negotiations in order to find as soon as possible a peaceful and lasting solution to the dispute.

The United Nations Special Political and Decolonization Committee has repeatedly affirmed this view, most recently in its resolution of 18 June 2004 (A/59/23).

The Government of Argentina respectfully requests the Secretary-General to communicate the contents of this note to all States parties to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women."

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 25. Januar 2005 (BGBl. II S. 326).

Berlin, den 30. März 2006

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Läufer

hat, in Bezug auf die Malwinen (Falklandinseln) zurück. Die Regierung von Argentinien möchte daran erinnern, dass die Malwinen (Falklandinseln), Südgeorgien und die Südlichen Sandwichinseln sowie die sie umgebenden Seegebiete Bestandteile des Hoheitsgebiets der Argentinischen Republik sind und vom Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland widerrechtlich besetzt wurden, was Gegenstand einer Streitigkeit hinsichtlich der Souveränität ist.

Aufgrund der widerrechtlichen Besetzung durch das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Resolutionen 2065 (XX), 3160 (XXVIII), 31/49, 37/9, 38/12, 39/6, 40/21, 41/40, 42/19 und 43/25 angenommen, in denen das Bestehen einer Streitigkeit hinsichtlich der Souveränität in Bezug auf die „Frage der Malwinen (Falklandinseln)“ zur Kenntnis genommen wird und die Regierungen der Argentinischen Republik und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland nachdrücklich aufgefordert werden, die Verhandlungen wieder aufzunehmen, um so rasch wie möglich zu einer friedlichen und endgültigen Lösung des Konflikts zu gelangen.

Der Ausschuss der Vereinten Nationen für besondere politische Fragen und Entkolonialisierung hat diese Auffassung mehrfach bestätigt, zuletzt in seiner Resolution vom 18. Juni 2004 (A/59/23).

Die Regierung von Argentinien ersucht den Generalsekretär hochachtungsvoll, den Inhalt dieser Note allen Vertragsstaaten des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau zur Kenntnis zu bringen.“

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich  
des Zweiten Fakultativprotokolls zu dem Internationalen Pakt  
über bürgerliche und politische Rechte zur Abschaffung der Todesstrafe**

**Vom 30. März 2006**

Das Zweite Fakultativprotokoll vom 15. Dezember 1989 zu dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte zur Abschaffung der Todesstrafe (BGBl. 1992 II S. 390) ist nach seinem Artikel 8 Abs. 2 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Kanada	am 25. Februar 2006
Liberia	am 16. Dezember 2005.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 26. August 2004 (BGBl. II S. 1423).

Berlin, den 30. März 2006

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Läufer

---

**Bekanntmachung  
der deutsch-amerikanischen Vereinbarung  
über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen  
an das Unternehmen „Cubic Applications, Inc.“  
(Nr. DOCPER-AS-03-06)**

**Vom 30. März 2006**

Nach Artikel 72 Abs. 4 des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 in der durch das Abkommen vom 21. Oktober 1971, die Vereinbarung vom 18. Mai 1981 und das Abkommen vom 18. März 1993 geänderten Fassung zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen (BGBl. 1961 II S. 1183, 1218; 1973 II S. 1021; 1982 II S. 530; 1994 II S. 2594) ist in Berlin durch Notenwechsel vom 23. März 2006 eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „Cubic Applications, Inc.“ (Nr. DOCPER-AS-03-06) geschlossen worden. Die Vereinbarung ist nach ihrer Inkraftretensklausel

am 23. März 2006

in Kraft getreten; die deutsche Antwortnote wird nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 30. März 2006

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Läufer

Auswärtiges Amt

Berlin, den 23. März 2006

## Verbalnote

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika den Eingang der Verbalnote Nr. 613 vom 23. März 2006 zu bestätigen, die wie folgt lautet:

„Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika beehrt sich, dem Auswärtigen Amt unter Bezugnahme auf die Vereinbarung in der Form des Notenwechsels vom 29. Juni 2001 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 28. Juli 2005 betreffend die Tätigkeit von mit Analytischen Dienstleistungen beauftragten Unternehmen Folgendes mitzuteilen:

Um die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika mit Dienstleistungen versorgen zu können, hat die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika mit dem Unternehmen Cubic Applications, Inc. einen Vertrag auf Basis der beigefügten Vertragsniederschrift Nummer DOCPER-AS-03-06 über die Erbringung von Analytischen Dienstleistungen geschlossen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika würde es begrüßen, wenn dem Unternehmen Cubic Applications, Inc. zur Erleichterung seiner Tätigkeit Befreiungen und Vergünstigungen nach Artikel 72 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut gewährt werden könnten, und schlägt deshalb der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vor, eine Vereinbarung nach Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut zu schließen, die folgenden Wortlaut haben soll:

1. Das Unternehmen Cubic Applications, Inc. wird im Rahmen seines Vertrags zur Bereitstellung von Analytischen Dienstleistungen für die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika folgende Dienstleistungen erbringen:

Bereitstellung eines Assistenten, der in der Lage ist, spezifische Gefechtsstudien auf Führungsebene für den kommandierenden General der United States Army in Europe (USAREUR) und seinen Führungsstab zu planen, vorzubereiten und durchzuführen. Der Assistent verfügt über einschlägiges strategisches, einsatztechnisches, taktisches und fachliches Wissen über Militärgeschichte. Insbesondere wird der Assistent die Gefechtsstudien zu laufenden Militäroperationen sowie zu Fragen im Zusammenhang mit der Umsetzung der nationalen Militärstrategie und der EUCOM-Strategie für das Einsatzgebiet, soweit sie auf USAREUR Anwendung finden, in Beziehung setzen. Dieser Vertrag umfasst die folgenden Tätigkeiten: Military Analyst (Anhang II.4.).

Unter Bezugnahme auf den Notenwechsel vom 29. Juni 2001 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 28. Juli 2005 betreffend die Tätigkeiten von mit Analytischen Dienstleistungen beauftragten Unternehmen und nach Maßgabe der darin vereinbarten Rahmenbedingungen, insbesondere auch der Nummer 4 des Notenwechsels, werden diesem Unternehmen die Befreiungen und Vergünstigungen nach Artikel 72 Absatz 1 Buchstabe b des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut gewährt.

2. Das Unternehmen Cubic Applications, Inc. wird in der Bundesrepublik Deutschland ausschließlich für die in Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika tätig. Artikel 72 Absatz 3 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut findet keine Anwendung.
3. Nach Maßgabe der unter Nummer 6 des Notenwechsels vom 29. Juni 2001 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 28. Juli 2005 vereinbarten Bestimmungen, insbesondere auch der Beschränkungen nach Artikel 72 Absatz 5 Buchstabe b des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut, werden Arbeitnehmern des oben genannten Unternehmens, deren Tätigkeiten unter Nummer 1 aufgeführt sind, wenn sie ausschließlich für dieses Unternehmen tätig sind, die gleichen Befreiungen und Vergünstigungen gewährt wie Mitgliedern des zivilen Gefolges der Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika, es sei denn, dass die Vereinigten Staaten von Amerika sie ihnen beschränken.
4. Für das Verfahren zur Gewährung dieser Befreiungen und Vergünstigungen gelten die Bestimmungen des Notenwechsels vom 29. Juni 2001 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 28. Juli 2005.
5. Diese Vereinbarung wird in englischer und deutscher Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.
6. Diese Vereinbarung tritt außer Kraft, wenn der Vertrag über die Erbringung der unter Nummer 1 genannten Dienstleistungen auf der Grundlage der Vertragsniederschrift Nummer DOCPER-AS-03-06 zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und dem Unternehmen Cubic Applications, Inc. endet. Sie tritt außerdem außer Kraft, wenn das Auswärtige Amt nicht spätestens zwei Wochen nach Ablauf der vorausgegangenen Leistungsaufforderung eine nachfolgende Leistungsaufforderung

erhält. Eine Kopie des Vertrags mit einer Laufzeit vom 30. Januar 2006 bis 30. September 2006 ist dieser Vereinbarung beigelegt. Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika teilt dem Auswärtigen Amt die Beendigung oder Verlängerung des Vertrags unverzüglich mit.

7. Im Falle der Verletzung der Bestimmungen des Notenwechsels vom 29. Juni 2001 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 28. Juli 2005 oder dieser Vereinbarung durch das oben genannte Unternehmen kann eine Partei dieser Vereinbarung jederzeit diese Vereinbarung nach vorhergehenden Konsultationen durch Notifikation kündigen; die Vereinbarung tritt 3 Monate nach ihrer Kündigung außer Kraft.

Falls sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit den unter den Nummern 1 bis 7 gemachten Vorschlägen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika einverstanden erklärt, werden diese Verbalnote und die das Einverständnis der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zum Ausdruck bringende Antwortnote des Auswärtigen Amtes eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut bilden, die am 23. März 2006 in Kraft tritt.

Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika benutzt diesen Anlass, das Auswärtige Amt erneut ihrer ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.“

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika mitzuteilen, dass sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit den Vorschlägen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika einverstanden erklärt. Demgemäß bilden die Verbalnote der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika Nr. 613 vom 23. März 2006 und diese Antwortnote eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika gemäß Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut, die am 23. März 2006 in Kraft tritt und deren deutscher und englischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Das Auswärtige Amt benutzt diesen Anlass, die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika erneut seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

An die  
Botschaft der  
Vereinigten Staaten von Amerika  
Berlin

**Bekanntmachung  
der deutsch-amerikanischen Vereinbarung  
über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen  
an die Unternehmen „Booz Allen Hamilton, Inc.“ und  
„CACI Premier Technology, Inc.“  
(Nr. DOCPER-AS-39-03 und DOCPER-AS-24-12)**

**Vom 30. März 2006**

Nach Artikel 72 Abs. 4 des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 in der durch das Abkommen vom 21. Oktober 1971, die Vereinbarung vom 18. Mai 1981 und das Abkommen vom 18. März 1993 geänderten Fassung zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen (BGBl. 1961 II S. 1183, 1218; 1973 II S. 1021; 1982 II S. 530; 1994 II S. 2594) ist in Berlin durch Notenwechsel vom 23. März 2006 eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an die Unternehmen „Booz Allen Hamilton, Inc.“ und „CACI Premier Technology, Inc.“ (Nr. DOCPER-AS-39-03 und DOCPER-AS-24-12) geschlossen worden. Die Vereinbarung ist nach ihrer Inkraftretensklausel

am 23. März 2006

in Kraft getreten; die deutsche Antwortnote wird nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 30. März 2006

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Läufer

Auswärtiges Amt

Berlin, den 23. März 2006

## Verbalnote

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika den Eingang der Verbalnote Nr. 619 vom 23. März 2006 zu bestätigen, die wie folgt lautet:

„Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika beehrt sich, dem Auswärtigen Amt unter Bezugnahme auf die Vereinbarung in der Form des Notenwechsels vom 29. Juni 2001 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 28. Juli 2005 betreffend die Tätigkeit von mit Analytischen Dienstleistungen beauftragten Unternehmen Folgendes mitzuteilen:

Um die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika mit Dienstleistungen versorgen zu können, hat die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika mit den nachfolgend unter Nummer 1 Buchstaben a bis b genannten Unternehmen Verträge über die Erbringung von Analytischen Dienstleistungen geschlossen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika würde es begrüßen, wenn den nachfolgend unter Nummer 1 Buchstaben a bis b genannten Unternehmen zur Erleichterung der Tätigkeit Befreiungen und Vergünstigungen nach Artikel 72 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut gewährt werden könnten, und schlägt deshalb der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vor, eine Vereinbarung nach Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut zu schließen, die folgenden Wortlaut haben soll:

1. a) Das Unternehmen Booz Allen Hamilton, Inc. wird auf der Grundlage der beigefügten Vertragsniederschrift Nummer DOCPER-AS-39-03 mit einer Laufzeit vom 15. Juli 2004 bis 14. Juli 2007 folgende Dienstleistungen erbringen:

Durchführung von nachrichtendienstlicher Auswertung und Erstellung von Gefährdungsanalysen für EUCOM, USAREUR und die Streitkräfte der Koalition. Diese Beurteilungen unterstützen die Ausweitung der Truppenschutzmaßnahmen, die für die Gewährleistung des Schutzes wichtiger militärischer und ziviler Mittel und Fähigkeiten erforderlich sind. Entwicklung, Koordination, Erleichterung und Durchführung von Aufgaben im Bereich nachrichtendienstlicher Auswertung im Einklang mit den Auswertungsanforderungen im Einsatzgebiet. Zu den Aufgaben zählen die Erstellung von nachrichtendienstlichen Produkten, das Verfassen nachrichtendienstlicher Artikel, das Anfertigen von Informations- und Grundsatzpapieren sowie die Formulierung von Auswertungsinitiativen. Dieser Vertrag umfasst die folgenden Tätigkeiten: Process Analyst (Anhang II.1.), Intelligence Analyst (Anhang II.2.) und Program/Project Manager (Anhang V.1.).
- b) Das Unternehmen CACI Premier Technology, Inc. wird auf der Grundlage der beigefügten Vertragsniederschrift Nummer DOCPER-AS-24-12 mit einer Laufzeit vom 30. September 2005 bis 29. März 2007 folgende Dienstleistungen erbringen:

Analyse industrieller Wartungsprogramme und -initiativen auf Standortebene sowie von Reparaturprogrammen und -fähigkeiten und Durchführung von Planungen für die Transformation im gesamten Einsatzgebiet Europa für den Endzustand 2011. Der Vertragnehmer analysiert die Bereiche Truppenverlegung, Rückverlegung, Wiederherstellung der Einsatzbereitschaft und Fortbildung der Truppen zur Bestimmung der Einsatzfähigkeit von Einheiten. Dieser Vertrag umfasst die folgenden Tätigkeiten: Functional Analyst (Anhang II.6.).
2. Unter Bezugnahme auf den Notenwechsel vom 29. Juni 2001 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 28. Juli 2005 betreffend die Tätigkeit von mit Analytischen Dienstleistungen beauftragten Unternehmen und nach Maßgabe der darin vereinbarten Rahmenbedingungen, insbesondere auch der Nummer 4 des Notenwechsels, werden den unter Nummer 1 Buchstaben a bis b genannten Unternehmen die Befreiungen und Vergünstigungen nach Artikel 72 Absatz 1 Buchstabe b des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut gewährt.
3. Die vorgenannten Unternehmen werden in der Bundesrepublik Deutschland ausschließlich für die in Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika tätig. Artikel 72 Absatz 3 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut findet keine Anwendung.
4. Nach Maßgabe der unter Nummer 6 des Notenwechsels vom 29. Juni 2001 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 28. Juli 2005 vereinbarten Bestimmungen, insbesondere auch der Beschränkungen nach Artikel 72 Absatz 5 Buchstabe b des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut, werden Arbeitnehmern der oben genannten Unternehmen, deren Tätigkeiten unter Nummer 1 Buchstaben a bis b aufgeführt sind, wenn sie ausschließlich für diese Unternehmen tätig sind, die gleichen



Befreiungen und Vergünstigungen gewährt wie Mitgliedern des zivilen Gefolges der Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika, es sei denn, dass die Vereinigten Staaten von Amerika sie ihnen beschränken.

5. Für das Verfahren zur Gewährung dieser Befreiungen und Vergünstigungen gelten die Bestimmungen des Notenwechsels vom 29. Juni 2001 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 28. Juli 2005.
6. Diese Vereinbarung wird in englischer und deutscher Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.
7. Diese Vereinbarung tritt an dem Tag außer Kraft, an dem der letztgültige Vertrag über die Erbringung der unter Nummer 1 Buchstaben a bis b genannten Dienstleistungen auf der Grundlage der Vertragsniederschriften zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und den jeweiligen dort genannten Unternehmen endet. Sie wird auf die einzelnen unter Nummer 1 Buchstaben a bis b genannten Verträge nicht mehr angewendet, wenn der jeweilige Vertrag endet oder wenn das Auswärtige Amt nicht jeweils spätestens zwei Wochen nach Ablauf der vorausgegangenen Leistungsaufforderung eine nachfolgende Leistungsaufforderung erhält. Kopien der einzelnen Verträge sind dieser Vereinbarung beigefügt. Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika teilt dem Auswärtigen Amt die Beendigung oder Verlängerung eines Vertrags unverzüglich mit.
8. Im Falle der Verletzung der Bestimmungen des Notenwechsels vom 29. Juni 2001 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 28. Juli 2005 oder dieser Vereinbarung durch eines der unter Nummer 1 Buchstaben a bis b genannten Unternehmen kann eine Partei dieser Vereinbarung jederzeit diese Vereinbarung nach vorhergehenden Konsultationen durch Notifikation in Bezug auf das genannte Unternehmen kündigen; die Vereinbarung tritt 3 Monate nach ihrer Kündigung in Bezug auf das genannte Unternehmen außer Kraft.

Falls sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit den unter den Nummern 1 bis 8 gemachten Vorschlägen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika einverstanden erklärt, werden diese Verbalnote und die das Einverständnis der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zum Ausdruck bringende Antwortnote des Auswärtigen Amtes eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut bilden, die am 23. März 2006 in Kraft tritt.

Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika benutzt diesen Anlass, das Auswärtige Amt erneut ihrer ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.“

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika mitzuteilen, dass sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit den Vorschlägen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika einverstanden erklärt. Demgemäß bilden die Verbalnote der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika Nr. 619 vom 23. März 2006 und diese Antwortnote eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika gemäß Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut, die am 23. März 2006 in Kraft tritt und deren deutscher und englischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Das Auswärtige Amt benutzt diesen Anlass, die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika erneut seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

An die  
Botschaft der  
Vereinigten Staaten von Amerika  
Berlin

**Bekanntmachung  
des deutsch-südafrikanischen Abkommens  
über Finanzielle Zusammenarbeit**

**Vom 10. April 2006**

Das in Pretoria am 26. Januar 2006 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Südafrika über Finanzielle Zusammenarbeit 2004 ist nach seinem Artikel 5

am 26. Januar 2006

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 10. April 2006

Bundesministerium  
für wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung  
Im Auftrag  
Dr. Hans-Peter Schipulle

**Abkommen  
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und der Regierung der Republik Südafrika  
über Finanzielle Zusammenarbeit 2004**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Republik Südafrika –

im Geist der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Südafrika,

im Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Südafrika beizutragen,

unter Bezugnahme auf das Protokoll vom 3. Dezember 2004 der deutsch-südafrikanischen Regierungsverhandlungen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Südafrika oder anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der KfW, Frankfurt am Main, Finanzierungsbeiträge von insgesamt 19 500 000,- EUR (in Worten: neunzehn Millionen fünfhunderttausend Euro) für die folgenden Vorhaben zu erhalten

- a) „Ländliche Elektrifizierung II – Photovoltaik“ bis zu 9 500 000,- EUR (in Worten: neun Millionen fünfhunderttausend Euro),
- b) „HIV-Vorbeugung durch freiwilliges Beraten und Testen II“ bis zu 10 000 000,- EUR (in Worten: zehn Millionen Euro),

wenn nach Prüfung deren Förderungswürdigkeit festgestellt und bestätigt worden ist, dass sie als Vorhaben des Umweltschutzes oder der sozialen Infrastruktur oder als Kreditgarantiefonds für mittelständische Betriebe oder als selbsthilfeorientierte Maßnahmen zur Armutsbekämpfung oder als Maßnahmen, die der Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung von Frauen dienen, die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllen.

(2) Kann bei einem der in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben die dort genannte Bestätigung nicht erfolgen, so ermöglicht es die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung der Republik Südafrika, von der KfW für dieses Vorhaben bis zur Höhe des vorgesehenen Finanzierungsbeitrags ein Darlehn zu erhalten.

(3) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Südafrika durch andere Vorhaben ersetzt werden. Wird ein in Absatz 1 bezeichnetes Vorhaben durch ein Vorhaben ersetzt, das als Vorhaben des Umweltschutzes oder der sozialen Infrastruktur oder als Kreditgarantiefonds für mittelständische Betriebe oder als Maßnahme, die der Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung von Frauen dient, oder als eine selbsthilfeorientierte Maßnahme zur Armutsbekämpfung die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllt, so kann ein Finanzierungsbeitrag, anderenfalls ein Darlehn gewährt werden.

(4) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Südafrika zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung der in Absatz 1 genannten Vorhaben oder weitere Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 genannten Vorhaben von der KfW zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

(5) Finanzierungsbeiträge für Vorbereitungs- und Begleitmaßnahmen nach Absatz 1 werden in Darlehen umgewandelt, wenn sie nicht für solche Maßnahmen verwendet werden.

#### Artikel 2

Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie

das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der KfW und den Empfängern der Finanzierungsbeiträge oder der Darlehen zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen. Die Zusage der in Artikel 1 Absatz 1 genannten Beträge entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von acht Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Finanzierungsverträge geschlossen wurden. Für diese Beträge endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2012.

#### Artikel 3

Die Regierung der Republik Südafrika stellt die KfW von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit dem Abschluss und der Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in der Republik Südafrika erhoben werden.

#### Artikel 4

Die Regierung der Republik Südafrika überlässt bei den sich aus der Darlehensgewährung und der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

#### Artikel 5

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Pretoria am 26. Januar 2006 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
Harro Adt

Für die Regierung der Republik Südafrika  
Trevor Manuel

**Bekanntmachung  
von Ergänzungen der Anlage zu Artikel 5  
des deutsch-österreichischen Abkommens vom 27. November 1989  
über die Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung  
und über die gegenseitige Anerkennung  
der Gleichwertigkeit von beruflichen Prüfungszeugnissen**

**Vom 20. April 2006**

I.

Durch die in Wien durch Notenwechsel vom 18. April 1995/16. Juni 1995 geschlossene Vereinbarung, die nach ihrer Inkrafttretensklausel

am 1. Juli 1995

in Kraft getreten ist, ist das Verzeichnis der als gleichwertig anerkannten Prüfungszeugnisse nach Artikel 5 des Abkommens vom 27. November 1989 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Österreich über die Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung und über die gegenseitige Anerkennung der Gleichwertigkeit von beruflichen Prüfungszeugnissen (BGBl. 1991 II S. 712; 1993 II S. 829; 1994 II S. 975) wie folgt weiter ergänzt worden:

Gewerbliche Lehrberufe

Bezeichnung des österreichischen Prüfungszeugnisses	Bezeichnung des deutschen Prüfungszeugnisses
Zeugnis über das Bestehen der Lehrabschlussprüfung in dem Lehrberuf:	Zeugnis über das Bestehen der – Gesellenprüfung (= G) – Abschlussprüfung (= A) in dem Ausbildungsberuf:
1. Blechblasinstrumentenerzeuger	1. a) Metallblasinstrumentenmacher/ Metallblasinstrumentenmacherin (G) b) Metallblasinstrumenten- und Schlagzeugmacher/ Metallblasinstrumenten- und Schlagzeugmacherin (G)
2. Bootbauer	2. a) Bootsbauer/Bootsbauerin (A) b) Bootsbauer/Bootsbauerin (G)
3. Denkmal-, Fassaden- und Gebäudereiniger	3. Gebäudereiniger/Gebäudereinigerin (G)
4. Destillateur	4. Brenner/Brennerin (A)
5. Friedhofs- und Ziergärtner	5. Gärtner/Gärtnerin – Fachrichtung Friedhofsgärtnerei (A)
6. Gießereimechaniker	6. Gießereimechaniker/ Gießereimechanikerin (A)
7. Glasgraveur	7. Glasschleifer und Glasätzer/ Glasschleiferin und Glasätzerin – Fachrichtung Gravur (G)
8. Glasschleifer und Glasbeleger	8. Glasschleifer und Glasätzer/ Glasschleiferin und Glasätzerin – Fachrichtung Flächenveredlung (G)
9. Harmonikamacher	9. Handzuginstrumentenmacher/ Handzuginstrumentenmacherin (G)
10. Hohlglasfeinschleifer (Kugler)	10. Glasschleifer und Glasätzer/ Glasschleiferin und Glasätzerin – Fachrichtung Schliff (G)
11. Holzblasinstrumentenerzeuger	11. a) Holzblasinstrumentenmacher/ Holzblasinstrumentenmacherin (A) b) Holzblasinstrumentenmacher/ Holzblasinstrumentenmacherin (G)

Bezeichnung des österreichischen Prüfungszeugnisses	Bezeichnung des deutschen Prüfungszeugnisses
12. Landschaftsgärtner (Garten- und Grünflächengestalter)	12. Gärtner/Gärtnerin – Fachrichtung Garten- und Landschaftsbau (A)
13. Molker und Käser	13. Molkereifachmann/Molkereifachfrau (A)
14. Molkereifachmann	14. Molkereifachmann/Molkereifachfrau (A)
15. Papiertechniker	15. Papiermacher/Papiermacherin (A)
16. Speditionskaufmann	16. Speditionskaufmann/Speditionskauffrau (A)
17. Streich- und Saiteninstrumentenerzeuger	17. a) Geigenbauer/Geigenbauerin (G) b) Zupfinstrumentenmacher/ Zupfinstrumentenmacherin (G)
18. Strickwarenerzeuger	18. Textilmechaniker/Textilmechanikerin – Maschenindustrie (A)
19. Technischer Zeichner	19. a) Technischer Zeichner/Technische Zeichnerin – Fachrichtung Heizung, Klima- und Sanitärtechnik (A) b) Technischer Zeichner/Technische Zeichnerin – Fachrichtung Maschinen- und Anlagentechnik (A) c) Technischer Zeichner/Technische Zeichnerin – Fachrichtung Stahl- und Metallbautechnik (A) d) Technischer Zeichner/Technische Zeichnerin – Fachrichtung Elektrotechnik (A)
20. Textilmechaniker	20. Textilmechaniker/Textilmechanikerin – Maschenindustrie (A)
21. Textilveredler	21. Textilveredler/Textilveredlerin – Beschichtung (A)
22. Wirkwarenerzeuger	22. Textilmechaniker/Textilmechanikerin – Maschenindustrie (A)

#### Land- und forstwirtschaftliche Lehrberufe

Bezeichnung des österreichischen Prüfungszeugnisses	Bezeichnung des deutschen Prüfungszeugnisses
Zeugnis über das Bestehen der Facharbeiterprüfung im Lehrberuf:	Zeugnis über das Bestehen der Abschlussprüfung im Beruf:
23. Bienenwirtschaftsfacharbeiter/in	23. Tierwirt/Tierwirtin – Schwerpunkt Bienenhaltung (A)
24. Facharbeiter/in der ländlichen Hauswirtschaft	24. Hauswirtschafter/Hauswirtschafterin – Schwerpunkt ländliche Hauswirtschaft (A)
25. Feldgemüsebau-Facharbeiter/in	25. Gärtner/Gärtnerin – Fachrichtung Gemüsebau einschließlich Pilzanbau (A)
26. Fischereifacharbeiter/in	26. a) Fischwirt/Fischwirtin – Schwerpunkt Fischhaltung und Fischzucht (A) b) Fischwirt/Fischwirtin – Schwerpunkt Seen- und Flussfischerei (A)
27. Forstfacharbeiter/in	27. Forstwirt/Forstwirtin (A)
28. Forstgarten- und Forstpflgefacharbeiter/in	28. Forstwirt/Forstwirtin (A)
29. Gärtner-Facharbeiter/in – Baumschule	29. Gärtner/Gärtnerin – Fachrichtung Baumschule (A)
30. Gärtner-Facharbeiter/in – Gemüsebau	30. Gärtner/Gärtnerin – Fachrichtung Gemüsebau einschließlich Pilzanbau (A)

Bezeichnung des österreichischen Prüfungszeugnisses	Bezeichnung des deutschen Prüfungszeugnisses
31. Gärtner-Facharbeiter/in – Zierpflanzenbau	31. Gärtner/Gärtnerin – Fachrichtung Zierpflanzenbau einschließlich Stauden- gärtnerei (A)
32. Geflügelwirtschaftsfacharbeiter/in	32. Tierwirt/Tierwirtin – Schwerpunkt Geflügelhaltung (A)
33. Landwirtschaftliche/r Facharbeiter/in	33. a) Landwirt/Landwirtin (A) b) Tierwirt/Tierwirtin – Schwerpunkt Rinderhaltung (A) c) Tierwirt/Tierwirtin – Schwerpunkt Schafhaltung (A) d) Tierwirt/Tierwirtin – Schwerpunkt Schweinehaltung (A)
34. Molkerei- und Käsefacharbeiter/in	34. Molkereifachmann/Molkereifachfrau (A)
35. Obstbaufacharbeiter/in	35. Gärtner/Gärtnerin – Fachrichtung Obstbau (A)
36. Pferdewirtschaftsfacharbeiter/in	36. Pferdewirt/Pferdewirtin – Schwerpunkt Pferdezüchtung und -haltung (A)
37. Weinbau- und Kellerfacharbeiter/in	37. Winzer/Winzerin (A)

## II.

Durch die in Wien durch Notenwechsel vom 27. August 1996/27. Dezember 1996 geschlossene Vereinbarung, die nach ihrer Inkrafttretensklausel

am 1. Februar 1997

in Kraft getreten ist, ist das unter I. genannte Verzeichnis wie folgt weiter ergänzt worden:

## Meisterprüfungen

Bezeichnung des österreichischen Prüfungszeugnisses	Bezeichnung des deutschen Prüfungszeugnisses
Zeugnis über das Bestehen der Meisterprüfung im Handwerk	Zeugnis über das Bestehen der Meisterprüfung im Handwerk
1. Bäcker	1. Bäcker
2. Buchbinder	2. Buchbinder
3. Dachdecker	3. Dachdecker
4. Damenkleidermacher	4. Damenschneider
5. Drechsler	5. Drechsler
6. Fleischer	6. Fleischer
7. Fotografen	7. Fotografen
8. Friseur und Perückenmacher	8. Friseur
9. Glaser, Glasbeleger und Flachglasschleifer (alt: Glaser)	9. Glaser
10. Herrenkleidermacher	10. Herrenschneider
11. Kälteanlagentechniker (alt: Kühlmaschinenmechaniker)	11. Kälteanlagenbauer
12. Karosseriebauer	12. Karosserie- und Fahrzeugbauer
13. Konditoren (Zuckerbäcker)	13. Konditoren
14. Kraftfahrzeugtechniker (alt: Kraftfahrzeugmechaniker)	14. Kraftfahrzeugmechaniker

Bezeichnung des österreichischen Prüfungszeugnisses	Bezeichnung des deutschen Prüfungszeugnisses
15. Kupferschmiede	15. Kupferschmiede
16. Kürschner	16. Kürschner
17. Landmaschinentechniker (alt: Landmaschinenmechaniker)	17. Landmaschinenmechaniker
18. Maschinen- und Fertigungstechniker (alt: Mechaniker)	18. Maschinenbaumechaniker
19. Orthopädienschuhmacher	19. Orthopädienschuhmacher
20. Radio- und Videoelektroniker (alt: Radio- und Fernstechniker)	20. Radio- und Fernstechniker
21. Schuhmacher	21. Schuhmacher
22. Spengler	22. Klempner
23. Stukkateure und Trockenausbauer	23. Stukkateur
24. Tischler	24. Tischler
25. Uhrmacher	25. Uhrmacher
26. Zahntechniker	26. Zahntechniker

## III.

Durch die in Wien durch Notenwechsel vom 23. November 1998/25. Juni 1999 geschlossene Vereinbarung, die nach ihrer Inkraftretensklausel

am 1. August 1999

in Kraft getreten ist, ist das unter I. genannte Verzeichnis wie folgt weiter ergänzt worden:

## Gewerbliche Lehrberufe

Bezeichnung des österreichischen Prüfungszeugnisses	Bezeichnung des deutschen Prüfungszeugnisses
Zeugnis über das Bestehen der Lehrabschlussprüfung in dem Lehrberuf:	Zeugnis über das Bestehen der Gesellenprüfung (= G) Abschlussprüfung (= A) in dem Ausbildungsberuf:
1. Berufskraftfahrer	1. Berufskraftfahrer/Berufskraftfahrerin (A)
2. Bodenleger	2. a) Estrichleger/Estrichlegerin (G) b) Estrichleger/Estrichlegerin (A)
3. Buchbinder	3. a) Buchbinder/Buchbinderin, Fachrichtung Einzel- und Sonderanfertigung (G) b) Buchbinder/Buchbinderin, Fachrichtung Einzel- und Sonderanfertigung (A) c) Buchbinder/Buchbinderin, Fachrichtung Buchfertigung (Serie) (G) d) Buchbinder/Buchbinderin, Fachrichtung Buchfertigung (Serie) (A)
4. Druckformtechniker	4. Reprohersteller/Reproherstellerin, Fachrichtung Druckformtechnik (A)
5. Druckvorstufentechniker	5. a) Werbe- und Mediovorlagenhersteller/ Werbe- und Mediovorlagenherstellerin, Fachrichtung Gestaltung (A) b) Werbevorlagenhersteller/ Werbevorlagenherstellerin (A) c) Schriftsetzer/Schriftsetzerin (G) d) Schriftsetzer/Schriftsetzerin (A)

Bezeichnung des österreichischen Prüfungszeugnisses	Bezeichnung des deutschen Prüfungszeugnisses
6. Friseur und Perückenmacher (Stylist)	6. Friseur/Friseurin (G)
7. Großmaschinistiker	7. Schmucktextilienhersteller/ Schmucktextilienherstellerin (A)
8. Hörgeräteakustiker	8. Hörgeräteakustiker/Hörgeräteakustikerin (G)
9. Isoliermonteur	9. a) Industrie-Isolierer/Industrie-Isoliererin (A) b) Isoliermonteur/Isoliermonteurin (A) c) Wärme-, Kälte- und Schallschutzisolierer (Isoliermonteur)/ Wärme-, Kälte- und Schallschutzisoliererin (Isoliermonteurin) (G)
10. Kälteanlagen techniker	10. Kälteanlagenbauer/Kälteanlagenbauerin (G)
11. Kartograph	11. Kartograph/Kartographin (A)
12. Maschinistiker	12. Schmucktextilienhersteller/ Schmucktextilienherstellerin (A)
13. Miedererzeuger	13. Modeschneider/Modeschneiderin (A)
14. Modellschlosser	14. Modellbaumechaniker/Modellbaumechanikerin (A)
15. Modelltischler (Formentischler)	15. Modellbaumechaniker/Modellbaumechanikerin (A)
16. Pharmazeutisch-kaufmännischer Assistent	16. Pharmazeutisch-kaufmännischer Angestellter/ Pharmazeutisch-kaufmännische Angestellte (A)
17. Physikalaborant	17. Physikalaborant/Physikalaborantin (A)
18. Polsterer	18. Polsterer/Polsterin (A)
19. Porzellanformer	19. Figurenkeramformer/Figurenkeramformerin (A)
20. Porzellanmaler	20. Manufakturporzellanmaler/ Manufakturporzellanmalerin (A)
21. Posamentierer	21. Schmucktextilienhersteller/ Schmucktextilienherstellerin (A)
22. Prozessleittechniker	22. Prozessleitelektroniker/Prozessleitelektronikerin (A)
23. Reproduktionstechniker	23. Reprohersteller/Reproherstellerin, Fachrichtung Reproduktionstechnik (A)
24. Restaurantfachmann	24. Restaurantfachmann/Restaurantfachfrau (A)
25. Säckler (Lederbekleidungserzeuger)	25. Modeschneider/Modeschneiderin (A)
26. Stoffdrucker	26. Textilveredler/Textilveredlerin (A)
27. Stukkateur und Trockenausbauer	27. a) Stukkateur/Stukkateurin (G) b) Stukkateur/Stukkateurin (A) c) Trockenbaumonteur/Trockenbaumonteurin (A)
28. Textilveredler	28. Textilveredler/Textilveredlerin (A)
29. Universalhärter	29. Werkstoffprüfer/Werkstoffprüferin, Schwerpunkt Wärmebehandlungstechnik (A)



Bezeichnung des österreichischen Prüfungszeugnisses	Bezeichnung des deutschen Prüfungszeugnisses
30. Universalschweißer	30. a) Anlagenmechaniker/Anlagenmechanikerin, Fachrichtung Schweißtechnik (A) b) Konstruktionsmechaniker/ Konstruktionsmechanikerin, Fachrichtung Schweißtechnik (A)
31. Vergolder und Staffierer	31. Vergolder/Vergolderin (G)
32. Vulkaniseur	32. Vulkaniseur/Vulkaniseurin (G)
33. Waagenhersteller	33. Maschinenbaumechaniker/Maschinenbaumechanikerin, Schwerpunkt Waagenbau (G)
34. Wäschenäher	34. Modenäher/Modenäherin (A)
35. Werkstoffprüfer	35. Werkstoffprüfer/Werkstoffprüferin, Schwerpunkt Metalltechnik (A)

#### Land- und forstwirtschaftliche Lehrberufe

Bezeichnung des österreichischen Prüfungszeugnisses	Bezeichnung des deutschen Prüfungszeugnisses
Zeugnis über das Bestehen der Facharbeiterprüfung in dem Lehrberuf:	Zeugnis über das Bestehen der Abschlussprüfung in dem Ausbildungsberuf:
36. Feldgemüsebau-Facharbeiter/in	36. Gärtner/Gärtnerin – Fachrichtung Gemüsebau (A)
37. Gärtner-Facharbeiter/in – Gemüsebau	37. Gärtner/Gärtnerin – Fachrichtung Gemüsebau (A)
38. Gärtner-Facharbeiter/in – Zierpflanzenbau	38. a) Gärtner/Gärtnerin – Fachrichtung Staudengärtnerei (A) b) Gärtner/Gärtnerin – Fachrichtung Zierpflanzenbau (A)

#### IV.

Durch die in Wien durch Notenwechsel vom 22. Dezember 2003/12. September 2005 geschlossene Vereinbarung, die nach ihrer Inkraftretensklausel

am 1. Februar 2006

in Kraft getreten ist, ist das unter I. genannte Verzeichnis wie folgt weiter ergänzt worden:

Bezeichnung des österreichischen Prüfungszeugnisses	Bezeichnung des deutschen Prüfungszeugnisses
Zeugnis über das Bestehen der Lehrabschlussprüfung in dem Lehrberuf:	Zeugnis über das Bestehen der – Gesellenprüfung (= G) – Abschlussprüfung (= A) in dem Ausbildungsberuf <sup>1)</sup> :
Gleichgestellt durch die Fünfte Verordnung zur Änderung der Verordnung vom 12. April 1990:	
1. Anlagenelektriker	Industrielektroniker/Industrieelektronikerin, Fachrichtung Produktionstechnik (A)
2. Anlagenmonteur	Elektroanlagenmonteur/Elektroanlagenmonteurin (A)
3. Bekleidungsfertiger	Modenäher/Modenäherin (A)
4. Betonfertiger – Betonwarenerzeugung	Betonfertigteilmonteur/Betonfertigteilmonteurin (A)

<sup>1)</sup> Sofern zu der Ausbildungsberufsbezeichnung eine Fachrichtungs- oder Schwerpunktbezeichnung aufgeführt ist, beschränkt sich die Gleichstellung auf diese Fachrichtung oder diesen Schwerpunkt.

Bezeichnung des österreichischen Prüfungszeugnisses	Bezeichnung des deutschen Prüfungszeugnisses
5. Betonfertiger – Betonwerksteinerzeugung	Betonstein- und Terrazzohersteller/ Betonstein- und Terrazzoherstellerin (G) Betonfertigteilmacher/Betonfertigteilmacherin (A)
6. Betonfertiger – Terrazzoherstellung	Betonstein- und Terrazzohersteller/ Betonstein- und Terrazzoherstellerin (G)
7. Binder	Böttcher/Böttcherin (G)
8. Hohlglasveredler – Glasmalerei	Glasmaler/Glasmalerin (A) Glas- und Kerammaler/Glas- und Kerammalerin, Fachrichtung Glasmalerei (A) Glas- und Porzellanmaler/ Glas- und Porzellanmalerin (G)
9. Hohlglasveredler – Gravur	Glasgraveur/Glasgraveurin (A) Glasschleifer und Glasätzer/ Glasschleiferin und Glasätzerin, Fachrichtung Gravur (G) Glasveredler/Glasveredlerin, Fachrichtung Gravur (A) Glasveredler/Glasveredlerin, Fachrichtung Gravur (G)
10. Hohlglasveredler – Kugeln	Glasschleifer und Glasätzer/ Glasschleiferin und Glasätzerin, Fachrichtung Schliff (G) Glasveredler/Glasveredlerin, Fachrichtung Schliff (A) Glasveredler/Glasveredlerin, Fachrichtung Schliff (G) Hohlglasfeinschleifer (Kugler)/ Hohlglasfeinschleiferin (Kuglerin) (A)
11. Hüttenwerkschlosser	Verfahrensmechaniker/Verfahrensmechanikerin in der Hütten- und Halbzeugindustrie (A)
12. Kommunikationstechniker – Audio- und Videoelektronik	Funkelektroniker/Funkelektronikerin (A) Kommunikationselektroniker/ Kommunikationselektronikerin, Fachrichtung Funktechnik (A)
13. Kommunikationstechniker – Bürokommunikation	Kommunikationselektroniker/ Kommunikationselektronikerin (A)
14. Kommunikationstechniker – Elektronische Datenverarbeitung und Telekommunikation	Informations- und Telekommunikationssystem- Elektroniker/ Informations- und Telekommunikationssystem- Elektronikerin (A)
15. Kommunikationstechniker – Nachrichtenelektronik	Fernmeldeelektroniker/ Fernmeldeelektronikerin (A) Funkelektroniker/Funkelektronikerin (A) Industrieelektroniker/ Industrieelektronikerin (A) Informationselektroniker/ Informationselektronikerin (A) Kommunikationselektroniker/ Kommunikationselektronikerin (A)
16. Kunststoffverarbeiter	Verfahrensmechaniker/ Verfahrensmechanikerin für Kunststoff- und Kautschuktechnik (A)

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.mbh. – Druck: M. DuMont Schauberg, Köln

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,

b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.mbh., Postfach 10 05 34, 50445 Köln

Telefon: (02 21) 9 76 68-0, Telefax: (02 21) 9 76 68-3 36

E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 45,00 €. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,40 € zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 2002 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Konto der Bundesanzeiger Verlagsges.mbh. (Kto.-Nr. 399-509) bei der Postbank Köln (BLZ 370 100 50) oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 5,10 € (4,20 € zuzüglich 0,90 € Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 5,70 €.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.mbh. · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

Bezeichnung des österreichischen Prüfungszeugnisses

Bezeichnung des deutschen Prüfungszeugnisses

17. Maschinenmechaniker

Industriemechaniker/Industriemechanikerin,  
Fachrichtung Betriebstechnik (A)

Industriemechaniker/Industriemechanikerin,  
Fachrichtung Produktionstechnik (A)

Industriemechaniker/Industriemechanikerin,  
Fachrichtung Maschinen- und Systemtechnik (A)

18. Tapezierer und Dekorateur

Raumausstatter/Raumausstatterin (G)

19. Verwaltungsassistent

Bürokaufmann/Bürokauffrau (A)

Kaufmann/Kauffrau  
für Bürokommunikation (A)

Fachangestellter für Bürokommunikation/  
Fachangestellte für Bürokommunikation (A)

20. Werkzeugmechaniker

Werkzeugmechaniker/  
Werkzeugmechanikerin (A)

Berlin, den 20. April 2006

Bundesministerium  
für Wirtschaft und Technologie  
Im Auftrag  
B. Strauch